SABOTAGE!

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 21 06/97
3. Jahrgang

Neue Internet-Adresse:
http://home.rno.de/azhd/sabotage/sabotage.htm

THESEN ZU NEOLIBERALISMUS · DEMO GEGEN BURSCHENSCHAFTEN IN HD · REVOLUTIONÄRE 1. MAI-DEMO IN MANNHEIM · PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

LINER BABBLE

Es kommt ja nicht oft vor, daß wir bei unserer Rückschau auf die im Vormonat an den Tag gelegten Aktivitäten der linksradikalen „Szene" hier im Rhein-Neckar-Raum von allzu erfreulichen Begebenheiten zu berichten wissen - aber wenn mensch den 30.04. noch dazuzählt, dann kann ohne Übertreibung konstatiert werden, daß *dieser* Vormonat tatsächlich ein „erfolgreicher Ausdruck der Stärke der revolutionären Kräfte in der Rhein-Neckar-Region" war und perspektivisch hoffentlich dazu führen wird, „die Zusammenarbeit fortschrittlicher Gruppen und Einzelpersonen in der Region wiederzubeleben oder zu verbessern". Angesichts eines von den politischen, ökonomischen, militärischen, patriarchalen, kulturellen, wissenschaftlichen und bürokratischen Eliten vorangetriebenen **sozialen Kahlschlags** und einer damit einhergehenden, breitgesellschaftlich angelegten Forcierung **rechten Gedankenguts** ist *jede* öffentliche Veranstaltung, die durch möglichst wirksame Vermittlung systemantagonistischer Inhalte die hier lebenden Menschen zur Reflexion ihrer Handlungsweisen und verinnerlichten Wertvorstellungen bewegt (oder zu bewegen versucht), als ein (kleiner) Erfolg zu werten. Auch wenn wir „szeneintern" dazu neigen, unsere Erwartungshaltungen und Ansprüche im Laufe jahrelangen Ankämpfens *gegen* unterdrückerische Systeme und deren Entsolidarisierungspropaganda hochzuschrauben und gutgemeintes Engagement einiger GenossInnen in lähmendem Idealismus zu zermalmen, so sollte doch noch eine von selbstzweckorientierter Kritik abgekoppelte Distanz gewahrt bleiben, die zu mutmachender Anerkennung befähigt. Das heißt, daß wir trotz eines kritisch-sozialen Verhältnisses dazu *keine* Probleme haben, die im Rahmen der Schwarz-Roten-Wochen durchgeführten Demonstrationen, Kundgebungen, Agit-Prop-Aktionen, Konzerte und Informationsveranstaltungen **insgesamt** als Erfolg zu titulieren. Bis auf wenige Ausnahmen waren alle Veranstaltungen mit 70 bis 120 BesucherInnen gut besucht; die dabei geführten Debatten waren meistens interessant und fruchtbar; es

Inhaltsverzeichnis:

antifa

Die Verbindungen kappen! Burschenschaften abschaffen! 5
„Deutschland über alles" - Das nationalistisch-militaristische Weltbild der Korporierten .. 7
Kometenschweif - die Zeit ist reif 10

politische gefangene

Neue Beweise für Mumia Abu-Jamals Unschuld 14

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im Juni 16

sonstige sabotage

Der revolutionäre 1. Mai in Mannheim 18
Redebeiträge auf der revolutionären 1. Mai-Demo 20

leserInnenbriefe

Liebe Sabotage Leserin, lieber Sabotage Leser 24

zentren häuser wagenplätze

Neues von der Hoppetosse 25

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 27

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Juni 32

wurde ein ganz breites Themenspektrum abgedeckt usw. Leider war das „Solidaritätskonzert für autonome Medien der Region", mit dessen Erlös der von *GdF*, *K-Butt* und *Sabotage* editierte Reader „DreiSatz" finanziert werden sollte, ein kleines Debakel. Nicht nur, daß größere Ansammlungen strunzedummer „Asso"punx für eine aggressive, nervtötende Atmosphäre gesorgt haben, in der sich bei vielen an der Organisation beteiligten Leuten eine strikte Ablehnungshaltung *solchen* Veranstaltungen gegenüber entwickelt hat - nein: nicht mal der Reader konnte jetzt im Endeffekt finanziert werden, weil viele dieser „Gäste" ihr erschnorrtes Geld lieber in Unmengen Alkohol investierten, anstatt an der Kasse Eintrittsgeld liegen zu lassen. Schade, aber sowas werden wir bestimmt nicht mehr (mit)machen: Leute, die *kein* Differenzierungsvermögen besitzen, also zwischen einem *selbstverwalteten, soziokulturell* und *politisch* orientierten Zentrum, in dem sich ehrenamtlich schuftende Menschen FÜR andere ihren Arsch aufreißen, und einer Scheißkneipe, in die sie gleich gar nicht reinkommen würden, nicht mehr unterscheiden können und ihre angestauten Frustrationen an den völlig Falschen abreagieren, haben es nicht verdient, daß mensch irgendetwas für sie macht. Verpißt euch! Mit euch wollen wir diese Welt bestimmt nicht verändern! (An dieser Stelle soll noch einmal ein kleines Dankeschön an die Leute vom V.E.B. laut & lästig gehen, die sich allen Widrigkeiten zum Trotz wirklich alle Mühe gemacht und viel Energie investiert haben. Wir werden uns gemeinsam überlegen, wie wir die eingefahrenen Miesen wieder 'reinkriegen.)

So wie hell und dunkel nur in der Wahrnehmbarkeit beider als Gegensatz erfahrbar ist - so ist Freiheit als Antagonist zur Herrschaft nur denk- und fühlbar als etwas aus dieser Konfrontation Geborenem.

(aus Der Malstrom von Michael Wilk)

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, JUMP Walldorf, JUZ Piranha MA, LP HD, Nosferatu MA, Schwarzwurzel MA, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://home.rno.de/azhd/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

Technologie: Artikel bitte auf 3 1/2-Zoll-Disketten im Textverarbeitungsprogramm Word for Windows 6.0

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden

Daß es hier in der Region trotzdem noch revolutionäre Perspektiven gibt, die auf die Umwälzung der bestehenden „Ordnung" fokussiert sind, scheinen nun auch die Republikaner im baden-württembergischen Landtag mitbekommen zu haben. Ihr Abgeordneter Michael Herbricht hat nämlich in neofaschistischem Übermut am 22.04.1997 eine kleine Anfrage in diesen ohnehin rechtskonservativ dominierten BerufspolitikerInnenhort eingebracht, der in der Folge vom Innenministerium Baden-Württemberg bearbeitet worden ist: Darin fragt er in sachlich-juristischem Ton nach „verfassungschutzrelevanten Kenntnissen ... über geplante politische Aktionen der von Linksextremisten organisierten sogenannten »Schwarz-roten Wochen Rhein-Neckar«" und „folgende Teilnehmer und/oder Veranstalter" dieser Wochen: *ARI, AK Pol. Gefangene, ASV, AA HD, FAZ, VEB laut und lästig, Wilde Horde, Buero für angewandten Realismus, IL MA, Kurdistan Soligruppe MA, JUZ in SV MA*. Wir werden die Antwortschreiben der einzelnen Fraktionen abwarten und dann in der nächsten *Sabo* noch einmal genauer auf diese *REP*ublikanische Offensive eingehen.

Feuer im Eurotunnel soll Sabotage gewesen sein

Das Feuer im Eurotunnel im vergangenen Jahr soll nach britischen Pressebenichten durch Brandstiftung ausgelöst worden sein. In dem amtlichen französischen Untersuchungsbericht sei die Rede von einem Akt von Sabotage, berichtete die britische Tageszeitung „Guardian" am Freitag. Der Bericht soll in der nächsten Woche veröffentlicht werden. dpa

aus der RNZ vom 17./18./19.05.97

bei einem von uns geplanten „out-of area"-einsatz konnten die spuren vom „kommando kanaltunnelratten" leider nicht gründlich genug verwischt werden. die dafür verantwortlichen „saboteurInnen" wurden wegen inkompetenz nach einem *jw*-mäßigen „superknatsch" des redaktionskollektivs verwiesen.
angebote zur mitarbeit im britischen geheimdienst MI5 schlugen sie nach unseren informationen jedoch aus.
-sabotage

Noch zwei Sachen, die uns wichtig sind:
Erstens wollen wir uns bei all den Leuten entschuldigen, die uns wegen des Anti-AKW-Solidaritäts-Tapesamplers „Den Atomstaat angreifen!" angeschrieben haben und wochenlang auf die Lieferung ihrer bereits bezahlten Bestellungen warten mußten. Aber so ist es halt, wenn mensch sich auf Leute verläßt, die einem leere Versprechungen machen und einen dann sitzen lassen. Wir fungierten - als relativ bekannte Zeitung - aus praktischen Gründen *lediglich* als Anschrift, über die eine im Zuge der Aktivitäten gegen die Castortransporte produzierte Anti-AKW-Kassette bezogen werden kann. Nur: Als die Bestellungen eintrudelten, hatte der Mensch, für den wir die Anzeige 'reingebracht hatten, keine Tapes mehr. Und anstatt selber noch welche nachzumachen, mußten jetzt *wir*, die damit eigentlich gar nichts zu tun hatten, von einer schlechten Kopie nochmals Kopien abziehen. Die BestellerInnen sollten ja nicht sitzen gelassen werden. Deshalb: Tut uns leid wegen der langen Bestelldauer und der schlechten Aufnahmequalität; und bestellt bitte keine weiteren „Den Atomstaat angreifen!"-Kassetten mehr bei uns.
Zweitens haben wir uns über den auf der Seite 24 abgedruckten LeserInnenbrief der FAZ aus Mannheim doch sehr aufgeregt. Euch wird auffallen, daß wir ihn trotz eigentlich nicht hinnehmbarer Unterstellungen und Verzerrungen *nicht* kommentiert haben. Aber - und das wird uns wieder den Vorwurf der „Überheblichkeit" einbringen -, er ist aus sich heraus so entlarvend, daß *jede* Auseinandersetzung damit vergeudete Energie gewesen wäre. Um uns jetzt nicht gegenseitig noch weiter „hochzuschaukeln", soll das Thema hiermit vom Tisch sein. WelcheR an einer ausführlicheren Darstellung unserer Kritik am Inhalt des FAZ-Berichts über zunehmende Faschoaktivitäten in Mannheim interessiert ist, die/der kann KONSTRUKTIVE Kritik und Anregungen in Zukunft direkt an uns richten.

Soldaten sind (Selbst-) Mörder!
Von Trauerbezeugungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.
Kondolenzliste liegt aus bei:

B. W. Gungsmelder
Autonomer Elfenbeinturm 1997
44577 Unkenruf

Die Verbindungen kappen Burschenschaften abschaffen!

Zum ersten Mal seit über hundert Jahren mußte das traditionelle burschenschaftliche „Maiansingen“ auf dem Heidelberger Marktplatz ausfallen. Zum „Ausgleich“ gab es am Nachmittag des 30.04. eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto: Die Verbindungen kappen - Burschenschaften abschaffen. Ziel der von der Autonomen Antifa HD und der Antifa-Hochschulgruppe organisierten Aktion war, den Verbindungen diesen Tag zu nehmen und ihn mit eigenen, antifaschistischen Inhalten zu füllen. Ziel war es auch, darauf hinzuweisen, daß Studentische Verbindungen nicht nur harmlose, verstaubte Folklore sind, sondern reaktionäre, nationalistische Männerbünde, die als kapitalistische Seilschaften ihren Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nutzen.

Dem Aufruf folgten ca. 300 Menschen. Die Demo, die von einem schwarzen Block angeführt wurde, verlief friedlich. Zu einem Zwischenfall kam es nur, als ein Teilnehmer, der das Allemannen-Haus fotografieren wollte, von einem Ordnungshüter mit einem Faustschlag daran gehindert wurde.

Prügelnde Autonome verletzten Jugendliche

Angehörige der Autonomen Szene haben in den frühen Morgenstunden des 1. Mai in der Unteren Straße beziehungsweise Hauptstraße zwei Jugendliche mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert. Einer der Jugendlichen mußte stationär im Krankenhaus aufgenommen werden. Der zweite Jugendliche erlitt nach Polizeiangaben nicht unerhebliche Verletzungen. Zudem wurde er seiner Barschaft beraubt. Die als Punks beschriebenen Täter hatten zeitweise Sturmhauben übergezogen. Nachdem sie noch einige Leuchtgeschosse abgefeuert hatten, machten sie sich aus dem Staube. Trotz sofort eingeleiteter Fahndung konnten die Burschen bisher nicht gefaßt werden. Personen, die Hinweise zu dem Vorfall geben können, werden gebeten, sich mit der Kriminalpolizei Heidelberg, Telefon [redacted] in Verbindung zu setzen.

Unterwegs wurden Redebeiträge zu den Themen Sexismus, Kapitalismus, Nationalismus und Rechtsextremismus gehalten. Außerdem wurde eine Grußbotschaft der Antifa M verlesen, die sich mit dem traurigen Ende der Botschaftsbesetzung in Lima befaßt. Die Polizei hielt sich erstaunlicherweise zurück: Weder die Tatsache, daß die Demo nicht namentlich angemeldet war, noch die Ver-

mummung der ersten Reihen, oder der Lautsprecherwagen, der eigentlich nicht genehmigt worden war, wurden beanstandet.

Die Demo kann im großen und ganzen als Erfolg gewertet werden. Auch wenn wir gehofft hatten, mit dem Thema Burschenschaften ein größeres und breiteres Spektrum anzusprechen. Das primäre Ziel, Öffentlichkeit gegen die Korporierten zu schaffen und sie zumindest an diesem Tag aus der Innenstadt fernzuhalten, wurde erreicht.

Auch nachts traute sich kein Bursche auf den Marktplatz. Dieser war, hell ausgeleuchtet und massiv überwacht von Polizei und Staatsschutz, besetzt von einigen hundert Menschen, die darauf warteten, das Burschensingen verhindern zu können. Die Korporierten hingegen feierten und sangen fernab der Öffentlichkeit auf dem Schloß. Ca. 60 Farbentragende, begleitet von einigen bekannten Neonazis, waren dazu aus dem ganzen Bundesgebiet angereist. Unter massivem Polizeischutz gaben sie die Nationalhymne in allen drei Strophen zum Besten.

Wir hoffen jedoch, daß dieser Tag in Zukunft uns gehören wird, und daß das Maiansingen in den nächsten Jahren unterbleiben wird.

Und nicht vergessen werden darf: Burschenschaften sind nicht nur am 1. Mai aktuell, auch den Rest des Jahres stricken sie am schwarz-braunen Netz. Daher: Es muß weiter gehen.

Die Verbindungen kappen
Burschenschaften abschaffen!

Autonome Antifa HD
und Antifa-Ak an der Uni HD

Nächtliche Zusammenstöße vermieden

Burschenschaften verlegten Maiansingen – Demo der Autonomen

Das traditionelle „Maiansingen" der Heidelberger Burschenschaften auf dem Marktplatz fand diesmal nicht statt. In Absprache mit dem Einsatzleiter der Polizei wurde es statt dessen auf dem Schloß durchgeführt. Etwa 60 Angehörige verschiedener Burschenschaften aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an dem unter der Federführung der Normannia veranstalteten Maiansingen teil. Bis vor drei Jahren hatte die Burschenschaft Allemannia das Maiansingen beim Herkulesbrunnen organisiert. Nachdem es aber wiederholt Zusammenstöße mit Autonomen gegeben hat und ein Korporierter schwer verletzt worden war, gab Allemannia auf.

Gegen das Maiansingen und für die Abschaffung der Burschenschaften hatten etwa 200 Autonome am späten Mittwoch nachmittag in der Innenstadt demonstriert. Begleitet von einem starken Polizeiaufgebot zogen die Demonstranten vom Bauhaus über die Kurfürstenanlage, durch die Hauptstraße bis zum Karlsplatz und durch die Hauptstraße wieder zurück zum Bismarckplatz. Wie die Polizei mitteilte, kam es zu keinerlei Störungen während der Demonstration. Kurz nach 19 Uhr machten sich die meisten Demo-Teilnehmer zum Autonomen Zentrum in der Alten Bergheimer Straße auf. Mittwoch nach Mitternacht versammelte sich eine Gruppe von etwa 40 Autonomen dann beim Karlsplatz. Hier versuchten sie, die Burschenschafter beim Betreten beziehungsweise Verlassen des Gebäudes der Allemannia zu hindern. Nach Anrücken eines größeren Polizeiaufgebots löste sich auch diese Gruppe gegen 1.15 Uhr auf. Nach Mitteilung der Polizei mußte sie nicht einschreiten. -j-

beide Zeitungsartikel rausgerissen aus der RNZ vom 02.05.97

Im Artikel oben „vergißt" die RNZ mal wieder, daß es sich bei den „Jugendlichen" um bekannte Neofaschisten handelt. Dadurch soll versucht werden, antifaschistische Gegenwehr zu entpolitisieren und auf „Straßenschläger"-Niveau zu reduzieren.

-Sabotage

"Deutschland über alles"
Das nationalistisch-militaristische Weltbild der Korporierten

*Anfang Mai ist die 32seitige Broschüre „**Stützen der Gesellschaft - Elite der Nation. Studentische Verbindungen in Heidelberg**" erschienen. In diesem ansprechend und übersichtlich gestalteten Gemeinschaftsprojekt der* Autonomen Antifa Heidelberg *und des* Antifa Ak an der Universität Heidelberg *setzen sich die Autorinnen und Autoren auf der Basis umfangreichen Recherchematerials mit den unterschiedlichen Facetten des Korporationswesens (vor allem in Heidelberg und Mannheim) auseinander. Dabei bieten sie nach einem kurzen historischen Abriß im engagiert-antifaschistischen Durchleuchten aller Ausformungen der studentischen Verbindungsideologien und der ihnen zugrundeliegenden Normenkataloge einen nahezu umfassenden Überblick über das frauenverachtende, nationalistisch-militaristische, chauvinistische, rassistische Treiben des Großteils dieser einflußreichen (Heidelberger) Männerbünde. Die Broschüre kann im Infoladen Moskito in der Alten Bergheimerstraße 7a, beim AStA der Pädagogischen Hochschule, im Zentralen Fachschaftsbüro in der Lauerstraße und in den Buchhandlungen Schöbel & Kube und Himmelheber käuflich erworben werden.*

Um euch zum Kauf dieser informativen Veröffentlichung anzuregen, haben wir uns gedacht, einen interessanten Artikel daraus im folgenden abzudrucken, der im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Stellung Deutschlands in der Welt, globale Militär-Einsätze und neue elitäre Patriotismen betrachtet werden muß: -Sabotage

Nationalismus und Militarismus gehören seit jeher zu den Eckpfeilern der burschenschaftlichen Ideologie. Ob Burschenschaften, Verbindungen, Corps oder Turnerschaften, in der Regel nehmen sie weder „Nicht-Deutsche" noch Kriegsdienstverweigerer, „Andersgläubige" oder Frauen auf.[1] Sie propagieren vielmehr einen völkischen Nationalismus und unterstreichen durch Fechten, Uniformtragen und einen hierarchisch-autoritären Aufbau ihre Bewunderung für Militär und Militarismus. Rund die Hälfte aller Heidelberger und Mannheimer Burschenschaften sind schlagend, d. h. Fechttraining gehört zum Burschenalltag, ebenso wie die sogenannten Mensuren, bei denen mit scharfen Waffen gekämpft wird. Das Fechten gilt als Ritual der „Ehre" und der „Männlichkeit" und wer sich als „feige" erweist und bei der Mensur zurückzuckt, wird aus dem kämpferischen Bund ausgeschlossen.

Auch Versammlungen und Feste sind von militärischer Disziplin bestimmt: Auf Kommando werden die Mützen abgesetzt, wird getrunken etc.

Von Anfang an war das korporative Studentenleben von nationalistisch-militaristischem Gedankengut geprägt. Die angeblichen demokratischen und antifaschistischen Wurzeln, auf die sich die Korporierten gerne berufen, resultieren nur aus einer erheblichen Verdrehung der historischen Tatsachen. Von einer absoluten Kaisertreue ab 1871, über ihre unrühmliche Rolle im Natonalsozialismus bis zur neuen nationalen Euphorie, die die Korporierten seit der Vereinigung an den Tag legen, zeigt sich die Kontinuität ihrer Ideologie. Schon vor mehr als 100 Jahren erschien in den *Burschenschaftlichen Blättern*, die auch heute noch Publikationsorgan der DB sind, unter der Rubrik „an unsere Leser" ein programmatischer

Artikel der Redaktion: „Burschenschafter heißt Kämpfer sein (...) Kämpfer sein für deutsches Wesen, deutsche Ehre, deutsches Vaterland." Unter anderem wurde aufgerufen zum Kampf gegen die „vaterlandslose internationale Socialdemokratie", und bekämpft werden sollten „Bestrebungen, die sich gegen die Einheit und die Sicherheit des Reiches richteten." Den Bemühungen für die „Erhaltung des Deutschtums im Ausland" schließlich solle besondere Beachtung geschenkt werden.

Der 1. Weltkrieg wurde von den Korporierten bejubelt, viele von ihnen zogen begeistert an die Front.

In der Weimarer Republik waren Korporationen ein Sammelpunkt für nationalistische und antidemokratische Kräfte. Vor allem Korporierte bemühten sich um die Niederschlagung demokratischer Bewegungen. Bekanntlich waren sowohl am Kapp-Putsch als auch am Hitler-Putsch zahlreiche Korporierte beteiligt. So konnte sich die vereinte Deutsche Burschenschaft sehen als „Wegbereiterin (...) für die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches und die Zurückführung der österreichischen und sudetendeutschen Volksgenossen in das nunmehrige Großdeutsche Reich durch Adolf Hitler"[2]. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die Deutsche Burschenschaft 1935 auf ihrem traditionellen Wartburgfest dem Gauleiter Adolf Wagner die Fahne der Urburschenschaft übergab und sich rückhaltlos zur „nationalensozialistischen Revolution" bekannten.

Zahlreiche Korporierte meldeten sich freiwillig und voll Begeisterung für den Kriegsdienst. Und nicht wenige von ihnen machten „Karriere" in der SS oder anderen Nazi-Organisationen. Bundesbrüder, die übrigens auch heute noch von ihren Kameraden für ihre „Heldentaten" geehrt und bewundert werden.

Mit Auflösung der DDR war eines der erklärten Ziele der Korporierten erreicht, und sie begannen, in dem von ihnen als „Mitteldeutschland" bezeichneten Gebiet Verbindungsstrukturen aufzubauen. Seitdem richtet sich ihre Aufmerksamkeit jedoch auch wieder verstärkt auf „Großdeutschland".

Vor allem die DB hält sich mit einschlägigen Äußerungen nicht zurück, doch auch die anderen Verbindungen, Burschenschaften und Corps haben nicht mit ihrer militaristisch-nationalistischen Tradition gebrochen.

Schon 1965 nahm der Berliner Burschentag einen Antrag an, in dem es hieß: „Nach wie vor betrachtet die Deutsche Burschenschaft die deutschen Bewohner Österreichs und Südtirols als Teil des deutschen Volkes".[3] Und ein 1984 im Auftrag der Burschenschaftlichen Gemeinschaft herausgegebenes Buch mit dem Titel „Burschenschafter und nationale Identität" scheut sich nicht, auf einer Karte „Deutschland in seinen völkerrechtlichen Grenzen", nämlich in denen von 1939, zu zeigen. 1990 erklärte die Wiener Burschenschaft Olympia, die damals den Vorsitz des DB innehatte, daß ihr Verband „auch weiterhin den Standpunkt beibehalten werde, daß auch die Ostgebiete, Österreich, Südtirol usw. (!) alles deutsche Länder sind."

Prozeß gegen Antifaschisten in HD

„... kann schon sein, daß die da den Hitlergruß gemacht haben!"

Am 15.05.97 fand vor dem Amtsgericht Heidelberg ein Prozeß gegen zwei Antifaschisten statt. Ihnen wurde vorgeworfen, in der Nacht auf den 1. Mai 1996 aus einer Gruppe heraus, mehrere Neonazis angegriffen und „körperverletzt" zu haben. Die Staatsanwaltschaft stützte sich hierbei auf die Aussagen von vier teilweise verletzten Neonazis, die noch in der selben Nacht Anzeige erstattet und umfangreiche Aussagen gemacht hatten.

Vor Gericht sah es dann weniger deutlich aus. Einer der Neonazis ließ sich entschuldigen, ein anderer fehlte unentschuldigt, wofür er ein Ordnungsgeld kassiert. Der dritte Zeuge und Nazischläger Bernd Wolf mußte gar aus der Haft vorgeführt werden, da er wegen einer Vergewaltigung im Knast sitzt. Letztendlich kam es lediglich zu einer Zeuginnenaussage, woraufhin das gesamte Anklagekonstrukt zusammenbrach. Die Zeugin widersprach ihrer Aussage der „Tatnacht" völlig und räumte ein, mit Neonazis auf dem Marktplatz gewesen zu sein, die eventuell auch den Hitlergruß gemacht hätten. Dies wurde von der Staatsanwaltschaft bisher nicht verfolgt.

So endete dieser „kurze Prozeß" mit zwei Einstellungen, in einem Fall allerdings gegen eine Auflage von 500,- DM. Die entstandenen Kosten werden durch die Rote Hilfe e. V., die Autonome Antifa HD und den V.E.B. laut & lästig MA getragen.

Detailinformationen sind über die Autonome Antifa HD erhältlich.

Anti-Repressionsgruppe der AA/HD
c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg

Die großdeutsche Option setzte die DB in ihrem Verband auch um, als sie seit den 70er Jahren österreichische Burschenschaften integrierte. Daher konnte auch der bekannte Rechtsextremist Jörg Haider, Chef der FPÖ und Mitglied der Sylvania Wien, fortan als ein Mitglied der DB gelten. Auf ihrem Burschentag in Eisenach erneuerte die DB 1992 übrigens die Forderung nach einem Großdeutschen Reich.

Daß Nationalismus auch heute noch bei den Burschenschaften großgeschrieben wird, läßt uns auch Manfred Kanther, selbst alter Herr der „Schwarzen Westfalen", wissen: anläßlich des 150-jährigen Bestehens des Marburger Studentencorps Guestphalia et Suevoborussia stellt er fest: „Wir wollen auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft entsenden". [4]

aus: **„Stützen der Gesellschaft - Elite der Nation.** *Studentische Verbindungen in Heidelberg*", Broschüre der Autonomen Antifa HD und des Antifa-Ak an der Uni HD

Anmerkungen

1 Einige wenige Ausnahmen werden die Regel bestätigen. Dennoch bleiben u. E., vor allem auch durch die historische Kontinuität, nationalistisch-militaristische und elitäre Elemente Grundpfeiler der korporativen Ideologie.

2 Wentzke, Paul (Hg.): Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung. Im Auftrag der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung. Bd. XVI. Heidelberg, 1939. Zit. in: Heither Dietrich und Michael Lemling: Tradition und Aktualität des Korporatismus. Forum Wissenschaft. 1/1991

3 Zit. in Schäfer, G.: Studentische Korporationen. Anachronismus an deutschen Universitäten? Lollar, 1977

4 Zit. in: Heither Dietrich und Michael Lemling:Tradition und Aktualität des Korporatismus. S.60

Copy-Corner
Merianstr. 5
direkt in der Altstadt
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00
Tel. 2 57 00

Kometenschweif - die Zeit ist reif

Wie in der Märzausgabe angekündigt, „jede neue interessante Veröffentlichung dieser antifaschistischen Gruppe in unsere Zeitung aufzunehmen", drucken wir in leicht gekürzter Form die »Flugschrift Nr. 2« „Kometenschweif - die Zeit ist reif. Thesen zu Neoliberalismus, Segmentierung und Widerstand" der Antifa A² aus Stuttgart ab:

-Sabotage

Segmentierung

Zu Hochzeiten des Fordismus, der fabrikmäßigen Massenproduktion, konnte die klassische Fabrik als Ort der Einbindung des Individuums in eine große gesellschaftliche Einheit, die ArbeiterInnenklasse, wirken.

Das Bild hat sich gewandelt: Der Dienstleistungssektor hat stark zugenommen, die Fabrikproduktion verliert an Bedeutung. Und auch da, wo sie noch existent ist und für viele Menschen Arbeitsplatz bedeutet, hat sie ihr Gesicht verändert. Die traditionelle Fließbandarbeit geht zurück, „Flexibilisierung" und „Dezentralisierung" sind die neuen Leitlinien.

Nicht, daß Fließbandarbeit erfreulich oder befriedigend wäre, sie garantiert aber für alle ähnliche Arbeitsbedingungen, woraus soziale Bindungen und Solidarität erwachsen.

Die heutige Situation ist von einer zunehmenden Differenzierung des Arbeitsprozesses geprägt. Zum einen ergeben sich im Dienstleistungssektor wesentlich mehr und unterschiedlichere Betätigungsfelder, zum anderen ist eine Entwicklung besonders auffällig, die als Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse bezeichnet werden kann: Es wächst die Zahl derer, die als Subunternehmer, sei es als Brummifahrer oder Computerprogrammiererin, Pseudoselbständigkeit erreichen, das heißt, daß sie eigenverantwortlich ihre Arbeit organisieren und verrichten, dabei allerdings von einem einzelnen Arbeitgeber abhängig sind und sich selbst sozialversichern müssen. Wo Zusammenarbeit mit solchen „Selbständigen" nicht möglich ist, kommt immer häufiger Zeitarbeit zum Einsatz. Niedriglöhne, kaum gewerkschaftlicher Schutz und die Möglichkeit, kurzfristig einzustellen oder zu entlassen, machen Zeitarbeit für das Kapital attraktiv. VW trat Anfang April gar mit der Idee an die Öffentlichkeit, eine konzerneigene Zeitarbeitsfirma zu gründen - eine neue Form des „Outsourcing", der Auslagerung von Teilen der Produktion und nun sogar von Arbeitskräften. Zunehmend werden Menschen in ungesicherte oder gar illegale Beschäftigungsverhältnisse gedrängt und es entstehen 3. Und 4. Arbeitsmärkte: Sogenannte 610 DM-Jobs, bei denen keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden müssen, die Beschäftigten aber auch nicht versichert sind, nehmen sprunghaft zu. Und dabei bleiben sie keineswegs beschränkt auf Möglichkeiten zum Nebenverdienst etwa für SchülerInnen, sondern stellen oftmals die einzige Möglichkeit dar, überhaupt Arbeit zu bekommen. Durch Aufteilung von regulären Arbeitsplätzen in mehrere solcher Stellen werden gesicherte Arbeitsplätze vernichtet, von den neuentstehenden kann jedoch niemand leben. Vorteile daraus ziehen einzig die Unternehmer durch Einsparung des Arbeitgeberanteils an der Sozialversicherung und dadurch Senkung der stets als unsagbar hoch beklagten Lohnnebenkosten. Von dieser Entwicklung als erstes und am härtesten getroffen werden Frauen und MigrantInnen.

Schwarzarbeit und Arbeit durch Illegale nehmen zu. Durch rassistische „Ausländergesetzgebung" kriminalisiert und zum Stillhalten verurteilt, haben Illegale keine Möglichkeit, sich gegen niedere Bezahlung und katastrophale Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen. Und damit nicht genug: ihre Situation wird darüber hinaus vom

Kapital auch noch ausgenutzt, um das allgemeine Lohnniveau zu senken.
Die Konsequenz dieser Entwicklungen ist, daß Bindungen zwischen den Arbeitenden und den verschiedenen Segmenten schwächer werden und praktische Solidarität zunehmend an Gewicht verliert. Neue Fronten und Kämpfe entstehen und zwar nicht zwischen oben und unten, zwischen Kapital und Arbeit, sondern innerhalb der segmentierten ArbeiterInnenschaft. Konkurrenz herrscht auf allen Ebenen, die Sicherung der eigenen Lage und Existenz wird zur Not auf Kosten der noch Rechtloseren durchzusetzen versucht. Sexismen und Rassismen werden dabei verstärkt zur Verschärfung der Trennung zwischen den verschiedenen Gruppen eingesetzt. Dabei geht es zunehmend nicht mehr „nur" darum, Teile der Gesellschaft vorübergehend aus dem Arbeitsprozeß auszugliedern um sie in Form einer „Reservearmee" bei Bedarf wieder zu aktivieren, sondern aufgrund der Abnahme der benötigten Arbeitskraft sollen diese Segmente in Zukunft aus dem Arbeitsprozeß ganz draußen bleiben. Eine andere Qualität der Verteilungs- und Verdrängungskämpfe ist erreicht.
Vorteilhaft ist diese Entwicklung ausschließlich fürs Kapital. Nicht nur, daß es in dieser Situation leichtes Spiel bei der Kürzung von Löhnen und ArbeitnehmerInnenrechten hat und offensiv den neoliberalen Umbau der Gesellschaft betreiben kann. Was für die Zukunft noch viel schwerer wiegen kann, ist, daß sich die Arbeitenden - solange sie sich auf Entsolidarisierung und Übernahme der kapitaleigenen Prinzipien von Konkurrenz und Wettbewerb einlassen - der Möglichkeit berauben, gegen die Angriffe des Kapitals Widerstand zu leisten.

Gewerkschaften

Und auch dort, wo dieser Teilung Widerstand entgegengesetzt werden könnte, ist sie wirksam: Die aktuellen Auseinandersetzungen über die Streichung der Kohlesubventionen, die Abschaffung des Schlechtwettergeldes, die Demonstrationen gegen die Beschäftigung ausländischer Billiglohnarbeiter auf Baustellen und die Streiks gegen die Fusion von Krupp und Thyssen zeigen deutlich, in welcher Rolle sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung befindet: in der Rolle eines nationalistischen Kartells zu Erhalt und Sicherung der Arbeitsplätze der deutschen Facharbeiterschaft. Das ursprüngliche Ziel gewerkschaftlicher Organisierung - der kollektive Kampf für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die arbeitende Klasse in ihrer Gesamtheit - gerät dabei zunehmend in den Hintergrund. Im Vordergrund gewerkschaftlicher Organisierung steht heute der chauvinistische Kampf um den Erhalt der deutschen Arbeitsplätze, koste es was es wolle.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) entwikkelte sich in einer Zeit, in der die Herrschenden großes Interesse an einer befriedeten, sozial ausgewogenen Gesellschaft hatten. Die Jahrzehnte des großen Nachkriegsaufschwung waren geprägt von der Auseinandersetzung der Systeme und der unangefochtenen wirtschaftlichen Führungsstellung des europäischen und des nordamerikanischen Kontinents. Die fordistische Produktion basierte auf Massenkonsum und somit auf hohen, der Produktivität angepaßten Löhnen. Es lag also sowohl im Interesse der Gewerkschaften als auch des Kapitals, eine Wohlstandsgesellschaft des Massenkonsums zu schaffen. Die Frontstaatenstellung der BRD tat ihr übriges dazu. Die deutschen Gewerkschaften konnten so leichter als in anderen europäischen Ländern soziale Rechte, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen.
Von Anfang an agierte der DGB lediglich als sozialpartnerschaftliche Interessenvertretung der in großen Fabriken und Betrieben arbeitenden FacharbeiterInnenschaft, die ja lange Zeit die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung darstellte. Große Betriebe, wie Daimler, Bosch oder Mahle waren in Stuttgart die Kampfbastionen des DGB. Diese Struktur zieht mit sich, daß die DGB-Gewerkschaften nie ein effektive Arbeitslosen- und Jobberorganisierung erreichen konnten und wollten.

Die Einheitsgewerkschaften des DGB nahmen nie eine allgemeinpolitische Rolle, die über die Arbeitswelt hinausgeht, ein. Natürlich beteiligten sich die Gewerkschaften an sozialen Bewegungen wie der Friedensbewegung o. ä., doch nur unter dem Aspekt der Abwehr von Angriffen bzw. Politischen Entwicklungen, die den bürgerlich-demokratischen Konsens in Frage stellten. Das neue Grundsatzprogramm, das die grundsätzliche Kritik an dem kapitalistischen System vollends aus der DGB-Ideologie bestrichen hat, ist nur die nachträgliche Legitimation dieser Politik.

Wie schon oben beschrieben, befinden sich immer mehr Menschen in Arbeitsverhältnissen, in denen sie von einer Struktur wie der des DGB nicht mehr organisiert werden können - sei es, weil ihnen die Organisierung im DGB den Arbeitsplatz kosten kann, weil sie in einem ungeschützten Beschäftigungsverhältnis stehen oder sei es, weil sie in direkter Konkurrenz zu gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen stehen wie beispielsweise die ausländischen „Billiglohnkräfte auf deutschen Baustellen" tun.

Das auf politischen und sozialen Frieden ausgelegte sozialpartnerschaftliche Konzept des DGB zieht es mit sich, daß der DGB nur noch versucht, die aktuellen Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte auf Kosten anderer Errungenschaften abzuschwächen. Immer noch dem sozialpartnerschaftlichen Denken folgend, bemüht sich der DGB den „nationalen Standort zu bewahren" und treibt dabei mit nationalistischer Propaganda den Konsens in der BRD weiter nacht rechts.

Die Antwort zum Beispiel der IG Bau auf billige Arbeitskräfte aus osteuropäischen Ländern sind der Logik der Bewahrung des nationalen Standorts folgend, nicht der Versuch diese Arbeitsimmigrantlnnen zu organisieren, sondern gegen sie zu hetzen. Pogromartige Angriffe gegen die Unterkünfte der „Billiglohnkräfte" wie in Berlin sind die Folge von Aufrufen zu Denunziationen illegaler ArbeitsmigrantInnen.

Eine Entwicklung, die von der NPD und ihrer Jugendorganisation mit einem Lächeln beobachtet werden könnte. Diese sogenannten nationalrevolutionären Kräfte steigen auf den Zug auf und fordern - wie kommenden 1. Mai in Leipzig - einen „nationalen Widerstand" gegen „System und Kapital". [Etwa 300 Nazi-Kader marschierten am 1. Mai in Hannoversch-Münden; etwa 500 waren in Leipzig. Anm. d. Red.] Diese Organisationen polemisieren gegen das sogenannte Finanz- und Monopolkapital meist noch mit althergebrachten antisemitischen Anklängen. Eine wahrlich schizophrene Ideologie, die den Kapitalismus in etwas Böses („das jüdische Finanzkapital") und etwas Gutes (das schaffende, produzierende Kapital") spalten möchte. Die Vorstellung dieses Naziflügels haben nichts revolutionäres, obwohl er sich als solches verkaufen möchte. Es wird wohl eine Aufgabe des Widerstands sein, die Organisierung der „Nationalrevolutionäre" zu stoppen und zu zerschlagen.

Widerstand

Die neoliberale Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird in den nächsten Jahren weitergehen und sich verschärfen. Wir müssen heute politische Ansätze entwickeln, die diesen Angriffen einen angemessenen Widerstand entgegengestellt und der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht wird. Eines steht dabei fest: Die Politik des DGB tut dies nicht. Sie zeigt wenig Ansatzpunkte für die Organisierung des zunehmend segmentierten Arbeitsmarktes und für die Vereinigung der verschiedenen Abwehrkämpfe. Klar ist auch: Der Sozialstaat der 70er Jahre und die Sozialpartnerschaft sind passé. Eine neue Widerstandsbewegung wird Forderungen entwickeln müssen,, die für alle Menschen ein würdiges Leben gewährleisten.

Dazu ist es notwendig, neoliberaler Innovation Fortschritt auf sozialem, demokratischen und ökologischem Gebiet entgegen setzen. Der Kampf gegen den Neoliberalismus ist auch ein Kampf um die Köpfe. Neoliberale Ideen reproduzieren sich überall dort, wo moderne Technik und internatio-

nale Konkurrenz eine Rationalisierung der Produktion und Effektivierung der Verwaltung nahelegen. Wenn wir uns auf die Logik der Konkurrenz, der Effektivität, der Sicherung „unseres" nationalen Standorts einlassen, bleiben wir es, die der Technik dienen, anstatt sie uns nutzbar zu machen. Wir bleiben Maschinensklaven, gleichgültig, ob wir uns dem Rhythmus eine Fließbandes anpassen müssen, oder unsererseits einem Computer Befehle erteilen.

Es sind die Gesetze des freien Marktes, die in dieser Logik unser Handeln bestimmen, nicht unsere Wünsche, Ideen und Ziele. Um Letzteres zu erreichen und uns aus der Vormundschaft des Ersteren zu lösen, ist es notwendig, die Eigentums- und Machtverhältnisse zu verändern. Nicht Einzelne, die durch Besitz oder Wahl in ihre Positionen gesetzt wurden, sollen nach äußeren Notwendigkeiten entscheiden, sondern alle die es betrifft nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten. Weniger Arbeit durch Rationalisierung und Effektivierung bedeutet dann mehr Freizeit, mehr Leben für alle.

Was wir fordern ist eine grundsätzliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Revolution. Eine Revolution allerdings, die die Fehler des Realsozialismus nicht wiederholt, die nicht neue Unterdrückungsmethoden und -verhältnisse an die Stelle der alten setzt. Eine Revolution ohne Führer, Dogmen und Partei - nicht das Ende der Geschichte, sondern der Anfang der Geschichte der Befreiung.

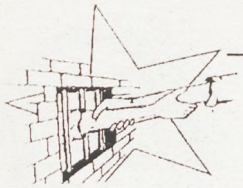
„Mehr Druck von unten!" Die DGB-Parole trifft den Punkt, gerade weil wir von den Gewerkschaftsapparaten nichts zu erwarten haben. Der Widerstand muß von unten kommen: Von Komitees vor Ort, von der Gewerkschaftsbasis in den Betrieben, aus dem Stadtteil, den Schulen, den Universitäten, von Initiativen all derer, die von neoliberaler Politik getroffen oder ausgegrenzt werden.

Wir wollen Bündnisse mit allen, die der neoliberalen Umgestaltung Widerstand entgegensetzen. Wir wollen Vernetzung mit denen, die diesen Widerstand unter das Banner radikaler Demokratie, sozialer Gleichheit und der Menschenrechte stellen, mit allen die für eine menschliche Welt jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung eintreten. Bündnisse und Vernetzung in dieser Stadt, dem Land und international.

Es gilt, die Gesellschaft gegen Staat und Kapital zu organisieren. Es gilt, neue Strukturen von unten zu schaffen, die die von oben ersetzen können.

„Es kommt nicht darauf an, die Welt zu erobern, es genügt, sie neu zu schaffen."
(Subcommandante Marcos, EZLN)

Antifa A² Stuttgart



Neue Beweise für Mumia Abu-Jamals Unschuld

Schon seit Jahren verfolgen wir den rassistischen Schauprozeß gegen den afro-amerikanischen Journalisten und ex-Black Panther Mumia Abu-Jamal. Deshalb waren in der Sabo *immer wieder Artikel dazu zu finden. Weil wir aus diesem Grunde davon ausgehen können, daß unsere LeserInnen über die Hintergründe informiert sind, die damals zu seiner Festnahme und Verurteilung geführt haben, haben wir den ersten Abschnitt des folgenden Artikels des Infobüros weggelassen.*

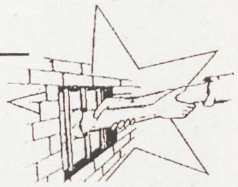
-Sabotage

Während der Oberste Gerichtshof ... seine Absicht signalisierte, die abgekartete Anklage von 1982 gegen Mumia Abu-Jamal aufrechtzuerhalten, kommen immer neue Beweise für Mumias Unschuld ans Licht. Am 10. März reichten Jamals Anwälte neue Dokumente als Zusatz zu den Berufungsunterlagen ein. Diese liefern weitere Beweise dafür, daß Polizei und Anklagevertreter ZeugInnen manipuliert und unter Druck setzten, um Mumia fälschlicherweise zum Tode zu verurteilen. Zusätzlich enthüllen diese Dokumente eine Verbindung von Mumias Fall und dem Skandal im 39 Polizeibezirk von Philadelphia, der bisher zu Verurteilung von sechs Polizisten wegen krasser Korruption - einschließlich abgekarteter Anklagen gegen hungerte unschuldiger Menschen - führte.

Eine Hauptzeugin der US-Bundesregierung bei den Ermittlungen im 39. Bezirk - eine frühere Informantin der Polizei von Philadelphia - ist Pamela Jenkins. Jenkins trat nun hervor und sagte aus, daß einer dieser sechs mittlerweile verurteilten Polizisten (Tom Ryan) 1981 versuchte, sie zu einem Meineid zu drängen. Trotzdem sie in der Nacht, in der die Schießerei stattfand, nicht auf der Straße war und dies auch klar sagte, insistierte Tom Ryan gemeinsam mit Richard Ryan, der offensichtlich Tatzeuge war, weiter. Pamela Jenkins war klar, daß „Tom Ryan und Richard Ryan wollten, daß ich einen Meineid leiste und sage, ich hätte gesehen, daß Jamal den Polizisten erschoß".

Schon letzten Oktober beschrieb Veronica Jones - eine Zeugin der Erschießung 1981 - bei einer Beweisanhörung, wie sie von Polizei und Staatsanwaltschaft gezwungen worden war, in Mumias Prozeß 1982 zu lügen. Sie bezeugte, daß sie unter massivem Druck seitens der Polizei ihren ursprünglichen wahren Augenzeuginnenbericht änderte und Mumia belastete. Als ehemalige Prostituierte wurde ihr damals angeboten, sie können weiterhin auf der Straße arbeiten, und zwar unbehelligt. So schloß sie sich der von der Staatsanwaltschaft als „Star"zeugin Cynthia White an und sagte 1982 aus, sie habe gesehen, daß Mumia den Polizisten erschoß.

Pamela Jenkins berichtet heute, Cynthia White selbst habe ihr gesagt, „daß sie wegen des Jamal-Falls durch einen Polizisten mit dem Tod bedroht worden ist". Und die neuesten Unterlagen der Verteidigung enthüllen: „White erhielt eindeutig noch im Jahre 1987 bevorzugte Behand-



lung, als ein Detektiv der Mordkommission vor Gericht erschien und den Richter bat, White wegen ihrer Rolle im Fall von Jamal aus dem Gefängnis zu entlassen". Trotz einer Anklageerhebung wegen Raubes, Körperverletzung und Verstoß gegen das Waffengesetz durfte sie nach einer Unterschrift gehen, flüchtete trotz gestellter Kaution und wurde seither nie wieder in Philadelphia verhaftet. Veronica Jones richtete bei einer Pressekonferenz am 10. März 1987, bei der auch Pamela Jenkins anwesend war, einen leidenschaftlichen Appell an Cynthia White, sich ihr und Pamela Jenkins anzuschließen und die Wahrheit über Mumia zu sagen: „Wir wissen, daß wir dies kurz und bündig zu Ende bringen können, wenn du nur hervortrittst ... Dann kannst du vielleicht mit deiner Vergangenheit aufräumen, wie wir anderen es tun".

Die rechtlichen Fakten sprechen überwältigend für Mumias Freiheit. Aber die Allianz von FOP (Fraternal Order of Police, Polizeibruderschaft) in Philadelphia und rassistischen Politikern, Staatsanwälten und Richtern setzt alles daran, den mit Preisen ausgezeichneten Journalisten, MOVE-Unterstützer und früheren Black Panther Mumia Abu-Jamal durch eine Hinrichtung endgültig zum Schweigen zu bringen.

So kapitulierte kürzlich der Radiosender der Temple-Universität vor dem Druck der FOP und setzte eine Ausstrahlung von Mumia Kommentaren aus der Todeszelle ab. Der Oberste Gerichtshof Philadelphias entschied zum einen gegen eine mündliche Begründung des Berufungsantrags durch die Verteidigung und zum anderen obendrein, daß die Anklage zusätzliche Unterlagen gegen Mumia bei Gericht einreichen dürfe, ohne der Verteidigung das Recht einzuräumen, darauf zu antworten.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshof ist wegweisend: Es ist davon auszugehen, daß der Oberste Gerichtshof in nächster Zeit den gesamten Antrag Mumias auf ein neues Verfahren ablehnen wird. Für diesen Fall hat Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge schon angekündigt, daß er einen neuen Hinrichtungsbefehl unterschreiben wird.

Parallel dazu ist Mumia momentan extrem harten Schikanen seitens der Knastleitung ausgesetzt. Mehrere BesucherInnen wurden von der Besuchsliste gestrichen, seinem Zivilrechtsanwalt wurde die Besuchserlaubnis verweigert, Mumia wurde angedroht, daß er seine Haare abschneide müsse etc. Wahrscheinlich soll Mumia damit für die Veröffentlichung seines zweiten Buchs „Death Blossom" bestraft werden. Die vermeintlich ruhige Phase nach dem Sommer 1995 ist mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zu Ende gegangen. Das bedeutet auch, daß der Winterschlaf in der Soliarbeit für Mumia zu Ende gehen muß.

Es ist für Mumia lebenswichtig, daß es gelingt, den Druck auf die politisch Verantwortlichen für seine geplante legale Ermordung wieder zu verstärken, um die Hinrichtung zu verhindern und ihm zu zeigen, daß er nach wie vor nicht alleine ist

Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal und allen anderen politischen Gefangenen

Abschaffung der rassistischen Todesstrafe als Mittel staatlicher Repression

Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen Heidelberg

Das Autonome Zentrum im Juni

Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00

1 So	12.00 **Demo gegen Abschiebeknäste** in Büren (Treffpunkt: Containerbahnhof) 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**
2 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
3 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr+So)** 20.00 Vokü & Kneipe von **Trystero** mit Film ab: 21.00 **NAKED** (mit Videobeamer!)
4 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Café **ARAVANADI: Sommernachtscafé**
5 Do	20.00 Vokü und Kneipe
6 Fr	20.00 Kneipe der **Antifa Jugend Aktion** mit Film ab: 21.00 **IM NAMEN DES VATERS** (mit Beamer!)
7 Sa	**DAS "6 JAHRE AZ"-FEST** 20.00 Konzert mit **BABYFASSUNG** (HD), **GOLDSTAR** (H), **BAMBIX** (NL) 0.00 Techno im Keller mit **ANALOGCLUB, FLUSH, POTSUREALIS, PSYLA**
8 So	20.00 Kneipe der **SO-Crew: Britischer Abend**
18 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Café **ARAVANADI: Griechischer Abend** (Backgammon, Buffet)
19 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit der **Manischen Weststadt**
20 Fr	21.00 **FrauenLesben Disco**
21 Sa	21.00 **Solidaritätsdisco** für die **Antifa Pänguin**: **SENZI SOUNDSYSTEM** **Reggae and Dancehall**
22 So	20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**
23 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
24 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr+So)** 20.00 Vokü und Kneipe
25 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 Kneipe des **Antifa Ak an der Uni HD**

8 So	20.00 Kneipe der **SO-Crew**: **Britischer Abend**
9 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
10 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr+So)** 20.00 **Picnik mit Nicnik**
11 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ** 20.00 **Wiener Kaffeehaus** mit der **LaBuStrá**
12 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
13 Fr	20.00 Kneipe der **Autonomen Antifa HD** 20.00 **IPW auf Tour: Fete** der **Fachschaft Politik** mit der **Manischen Weststadt**
14 Sa	22.00 **HERBS AND SPICES** **Drum 'n' Bass** vs **Trip Hop** vs **Techno** **DJ Fish 'n' Punkfood**
15 So	11.00 **Frühstücks-Buffet** 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**
16 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
17 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Do+So)** 20.00 Vokü und Kneipe von der **Gewaltfreien Aktionsgruppe**
Mi	20.00 Kneipe des **Antifa Ak an der Uni HD**
26 Do	20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
27 Fr	20.00 Kneipe
28 Sa	22.00 **TECHNO-DISASTER** im Keller mit DJ's **LARS, PLASTIC PINK,** **MR. MANIAC, AGENT 23**
29 So	20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**
30 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

Der Revolutionäre 1. Mai in Mannheim

Am Donnerstag, den 1. Mai 1997 versammelten sich in der Mannheimer Innenstadt etwa 500 Menschen zu einer revolutionären Maidemonstration unter dem Motto „Für eine gleichberechtigte herrschaftsfreie Gesellschaft". Dazu aufgerufen hatte ein Bündnis von verschiedenen nach radikalen gesellschaftlichen Veränderungen strebenden Gruppen und Einzelpersonen aus dem Rhein-Neckar-Raum.

Die Demonstration richtete sich unter anderem gegen Individualisierung, Ausgrenzung, Machtstreben, Patriarchat, Rassismus, Sozialabbau und Ausbeutung bei gleichzeitig steigenden Gewinnen der Reichen. Die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen betonten, daß sie ihre Geschicke nicht" in die Hände derer legen wollen, die sie vorsätzlich verursachen". Im Wissen, daß die „etablierten Parteien und die Gewerkschaftsspitzen keineswegs" ihre Interessen vertreten, sind sie der Meinung, daß es „keine Befreiung ohne Revolution" geben könne.

Viele schwarze und schwarz-rote Fahnen, bunte Transparente, ein Motivwagen, der einen Geldtresor darstellte, der mit richtigen Geldsäcken, einem inthronisierten, geschniegelten Champagner trinkenden und die Peitsche schwingenden menschlichen Geldsack beladen war, von Handzettel verteilenden Waigels begleitet und von „Sklaven" gezogen wurde, sowie ein Wohnwagen der Heidelberger Wagenburg und zahlreiche zum Teil originell ausstaffierte und zumeist gut gelaunte Menschen machten diesen sonnigen ersten Mai zu einem seltenen Erlebnis.

Die Themenvielfalt des Umzugs wurde außerdem durch den Verlauf und vor allem durch die sehr unterschiedlichen Redebeiträge dokumentiert.

Mit einer Erinnerung an die in den USA beginnende 111-jährige Geschichte des Maitages als Kampftag der ArbeiterInnenbewegung begann die Kundgebung. In bezug auf Luis Lingg - einem Immigranten aus der Mannheimer Neckarstadt - wurde auf die Ereignisse 1886 auf dem Haymarket in Chicago hingewiesen: auf den Generalstreik in weiten Teilen der USA, die tödlichen Polizeischüsse, die durch einen „Provokateur der Unternehmer" in die Polizeireihen geworfene Bombe, die Schauprozesse mit den sieben Todesurteilen, die Hinrichtungen der Verurteilten - der Luis Lingg durch Selbsttötung zuvor kam - und an die vielen Opfer der sozialen Kämpfe. „Geht es den Herrschenden auch heute - wie vor 111 Jahren - nicht wieder darum, bescheidene Forderungen der Arbeiter zu blockieren ... und zu revidieren?", fragte der Redner. Und „wo bleibt da noch Raum Zeit und Energie das ganze System zu hinterfragen" ob „es nicht auch anders gehen könne".

Um sich bewußt von rein reformistischen Forderungen abzusetzen und nicht nur ein paar kleine Verbesserungen zur Beruhigung zu fordern, stellte der nächste Beitrag die schnelle „... monotone, stressbeladene, durchrationalisierte, entfremdende und entmündigende" Lebens- und Arbeitsweise in unserer „Verwertungsgesellschaft" in Frage. Mit den Forderungen „emanzipieren wir uns doch endlich von der Götze Lohnarbeit ..." und „Für eine kulturelle und soziale Revolution!" traten die VerfasserInnen des Beitrages dafür ein, „unser Leben selbst in die Hand zu nehmen", selbst zu organisieren und zu verwalten. Außerdem wollen sie kreativ und selbstbestimmt entscheiden, „wann wir was, wie, warum und in welcher Zeit" tun, und arbeiten nach den Prinzipien der „gegenseitigen Hilfe und kollektiven Verantwortung" und aufgebaut auf „dezentralen basisdemokratischen Strukturen".

Auf einer Zwischenkundgebung am Marktplatz beim DGB-"Volksfest" trug ein in der Region bekannter Kabarettist einen satirischen Betrag vor. Darin bedankte er sich u. a. bei der „hiesigen Polizei", daß sie trotz „schwierigem Job ... Sensibilität ... und zielsicheres Fingerspitzengefühl bei der Behandlung von Prostituierten" beweist. Auch ein Seitenhieb auf die örtliche „Provinz-Tageszeitung Mannheimer Mogel" die sich immer wie-

der dadurch „auszeichnet, daß sie Übergriffe ... des Rechtsradikalismus nicht aufbauscht und dramatisiert", konnte sich der Kabarettist nicht verkneifen. Gängige Klischees wie „profitbesessene Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger, die nach den Einnahmen der Industrieunternehmen schielen" und „.... vom Arbeitsplatzverlust bedrohte Rote-Fahnen-Schwenker auf dem Weg zum Börsenspekulanten" wurden durch den Kakao gezogen. Auch der DGB bekam kräftig sein Fett ab! „.... die Gewerkschaften haben ... wenig Zeit für ihre Mitglieder zu kämpfen ... und sind soweit gereift, daß sie sich den Kopf der Arbeitgeber zerbrechen" und „wollen weniger Geld und mehr Arbeit ... der 1. Mai ... ist auf den 1. April gefallen".
Vor dem Zentralinstitut für seelische Gesundheit wurden in einem weiteren Redebeitrag psychiatrische Methoden und Einrichtungen kritisiert. Es wurde die Frage aufgeworfen ob in Anbetracht der „permanenten Angriffe auf die sozialen Lebensbedingungen, neuen Dimensionen der Überwachung, Menschenjagd per Television, Mobbing, Entsolidarisierung, Arbeitsverdichtung und Streß" und angesichts „vororganisierter Freizeit, Funktionieren, Reizüberflutung ... dieser Plastikwelt ..." die Gesellschaft krank sei und nicht der Mensch als Patient. Abschließend wurde in dem Kundgebungsbeitrag zu einer „freien Gesellschaft ohne Psychiatrien" aufgerufen.
Bei einer letzten Zwischenkundgebung vor der Mannheimer Ausländerbehörde wurden die unmenschlichen Abschiebepraktiken und die unzumutbaren Zustände in den Abschiebeknästen thematisiert. Es wurde auch festgestellt, daß die Mannheimer Abschiebebehörden bei den Flüchtlingen für seine „besonders rigorose Abschiebe - und Diskriminierungspraktiken bekannt" sei.

Daran anschließend wurde noch mal auf den vermutlichen Brandanschlag vom 21.04.97 in Ludwigshafen hingewiesen und die Vertuschungspraktiken der Polizeibehörden in solchen Fällen angeprangert. Mit den Worten „Bleiberecht - offene Grenzen! Schluß mit dem staatlichen Rassismus!" und „menschenwürdige Wohnungen für alle und die Auflösung von Lager jeglicher Art!" endete die Kundgebung.
Bei der kurzen Abschlußkundgebung schilderte noch jemand von der Wagenburg deren mißliche Situation und ihre alltäglichen Kämpfe mit Vorurteilen und den Behörden im Ringen um einen neuen Stellplatz. Bei Getränken und „Volxküche" fand sich ein Teil der DemonstrantInnen noch auf der Neckarwiese ein, um dort noch ein bißchen zu feiern.
(...)
Das Bündnis als Veranstalter der Schwarz-Roten-Wochen hat sich zum Ziel gesetzt, eine Art Plattform zu schaffen, „auf der sich viele verschiedene linke Projekte, Gruppen oder Ansätze einer breiteren Öffentlichkeit" vorstellen können und um Möglichkeiten einer „Politik" von unten aufzuzeigen. Weitere Veranstanstaltungen, Diskussionen, revolutionäre Maifeiertage und andere Aktionen sollen folgen - mit dem Ziel, einer anderen Gesellschaft näher zu kommen.

C.H.P. Grün

Redebeiträge auf der Revolutionären 1. Mai-Demo in Mannheim

Wir dokumentieren im folgenden zwei der im vorhergehenden Artikel bereits angesprochenen Redebeiträge, die auf der revolutionären 1. Mai-Demo in Mannheim gehalten wurden. Wir denken, daß sie ein relativ adäquates Bild von der inhaltlichen Stoßrichtung dieser Veranstaltung vermitteln:

-Sabotage

Wider die Götze Lohnarbeit!

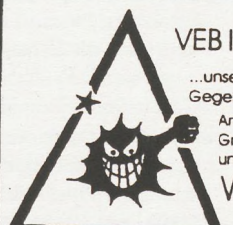
Auf die Frage, warum wir am 1. Mai auf die Straße gehen, gibt es unzählige Antworten: nämlich die zig-tausendfache Entfremdung und Entmündigung unseres Daseins.

Ein Thema beherrscht in der Regel die Kundgebungen des Maifeiertages: Lohnabbau, Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit. Daraus erheben die etablierten Gewerkschaften und reformistische linke Gruppierungen die Forderungen nach höheren Löhnen und nach Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Daß wir natürlich innerhalb des Kapitalismus unsere Haut so teuer wie möglich verkaufen wollen ist klar - aber: ist das **alles**? Soll's das gewesen sein? Ist der ganze Sinn des Lebens, am Ende sagen zu können: ich weiß zwar nicht, was und wer ich bin, aber ich habe mich ein bißchen teurer verkauft als ein Teil meiner Mitmenschen? Was das für Arbeitsplätze sind, die uns die Manager des Kapitalismus anbieten, erfahren wir täglich am eigenen Leib. Ist es eigentlich erstrebenswert, in Arbeitsverhältnissen zu stehen, die - sofern wir kuschen und immer schön funktionieren - nur lebenslänglich 35-40 Stunden in der Woche entfremdende und größtenteils entmündigende Arbeit „bescheren"; Arbeit, deren Inhalte von Machtverhältnissen und Mehrwert bestimmt werden, und wir keine Menschen mehr, sondern nur noch Kostenfaktoren sind und die Controller sich irgendwann vielleicht versehentlich mal selbst wegcontrollen; Arbeit, die uns tagtäglich gleichförmige Abläufe, Routine und Monotonie bringt und Kreativität und gute Ideen nur gefragt sind, wenn sie gut vermarktet werden können und Profit abwerfen, und mit Tätigkeiten, die uns allen durch immer stärkere Spezialisierung zusehends auf wenige Fähigkeiten und Blickfelder beschränken und zu Fachidioten machen. Macht es uns glücklich, in einem Job zu stehen, in dem wir lauter mehr als überflüssige Dinge wie Waffen und andere Militärgüter, immer mehr stinkende Blechkarossen, giftige Chemieerzeugnisse, Verpackungs - und sonstigen Müll produzieren und uns dabei unser eigenes Grab schaufeln? Sind wir denn froh, daß es auf diesem Planeten möglich ist, daß sich einige Wenige mit Dreck, Müll und Scheiße auf Kosten der Mehrheit eine goldene Nase verdienen? Stellt es uns zufrieden, unter Bedingungen zu arbeiten und zu leben, die geprägt sind von patriarchalischen Strukturen - wobei uns ein paar „Vorzeigefrauen" das Gegenteil suggerieren sollen -, in der die Menschen durch Machtkompetenzen und entsprechend unterschiedliche Bezahlung gekauft, zum Funktionieren gebracht und gegeneinander ausgespielt werden? Und geht es uns dann besser, wenn jene, die nicht parieren, in die Armut „entlassen" werden? Wollen wir Beschäftigungsverhältnisse, in denen andere festlegen, was für uns gut ist, und in denen die Abläufe inzwischen so komprimiert und durchrationalisiert sind, daß die in den Jobs zurückbleibenden unter unglaublichem, krankmachendem Streß stehen, sich selbst untereinander als Konkurrenz sehen, sich entsolidarisieren und Mobbing zur Betriebssportart Nr. 1 geworden ist? Und wenn wir bedenken, wieviele Stunden wir außerdem noch mit Anfahrtszeiten verbringen, und welchen Anteil unserer sogenannten „Freizeitgestaltung" wir nur dazu verwenden, um uns für die nächsten Arbeitstage zu regenerieren, müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen, ob es

wirklich unser Ziel ist, bis zum Pensionsalter unsere Eigenständigkeit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, unsere Kreativität, Lebenslust und Bedürfnisse an der Garderobe des grauen Alltags abzugeben; unsere Lebenskraft und Energie zu verpulvern, um anschließend noch ein paar Jahre als erklärter Klotz am Bein der Verwertungsgesellschaft mehr oder weniger gut und sinnvoll zu fristen und dann als Folge dieses Lebens bald ins Gras zu beißen?! Was bietet uns außerdem eine Gesellschaft, die aus von Management, Politik und Presse gezielt erzeugter Angst aufgebaut ist, und in der diejenigen, die etwas mehr haben, mit Hilfe eines riesigen Staatsapparates und dessen Polizei, Militär, Geheimdiensten und sonstigen Kontrollinstitutionen versuchen, ihren Besitzstand nach unten hin abzusichern und zu vergrößern? Bringt es uns erhöhte Lebensqualität, dies nachzuahmen, noch mehr Staatsmacht zu fordern und weiter nach unten zu treten - im Glauben, wir stünden immer auf der Sonnenseite des Lebens? Wie lange ertragen wir diese sozialdarwinistische Lebensweise eigentlich noch? Haben wir das überhaupt nötig? Überlegen wir doch mal, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, ein schönes und erfülltes Leben zu fristen. Denken wir doch mal über andere Lebensmodelle und Formen des Zusammenlebens nach. Benötigen wir wirklich die Politiker und Manager, um unsere Betriebe und unser Umfeld zu organisieren?
Emanzipieren und befreien wir uns doch endlich von der Götze Lohnarbeit und nehmen wir unser Leben selbst in die Hand!
Malen wir uns doch mal eine Gesellschaft mit gut ausgebautem öffentlichen Personennahverkehr statt endloser, stinkender Blechlawinen und Müllberge aus, eine Welt, die ohne zentralistische, staatliche und militärische Strukturen auskommt, in der wir keine eitlen und allmächtigen Chefs haben; eine Gesellschaft, in der wir selbst entscheiden, wann wir was, wie, warum und in welcher Zeit produzieren; die aufgebaut ist auf basisdemokratischen Strukturen; in der gegenseitige Hilfe und kollektive Verantwortung die wichtigsten Prinzipien sind; die dezentral, aber über Basisgruppen in Betrieben, Stadtteilen, Wohnblocks und vielen anderen Lebenszusammenhängen und durch Räte, Komitees, Dachverbände oder ähnliches vernetzt ist. Wäre es nicht schöner, in einer Welt zu leben, in der das Wort Glück nicht nur eine Worthülse ist? Träumen wir nicht alle mehr oder weniger insgeheim davon, unsere Lebens- und Arbeitsinhalte selbst festzulegen, selbst darüber zu entscheiden, in welcher Geschwindigkeit wir leben und arbeiten, selbst zu bestimmen, was für uns erstrebenswert und gut ist und allen anderen die Freiheit zu lassen, dies ebenso zu tun?
Bringt es nicht wesentlich mehr Lebensqualität, Zeit und Raum zu haben, seine eigenen Fähigkeiten, verborgenen Talente und Bedürfnisse zu erkunden, immer wieder neu auszuprobieren, anstatt immer festgelegt zu bleiben, Ideen zu entwikkeln und neue Wege zu gehen, produzieren, um zu schaffen und nicht, um zu zerstören?

Was für Möglichkeiten würden sich da auftun!
Alles nur Spinnerei? Utopien? Vielleicht. Aber es sind schöne Spinnereien!
Also machen wir uns auf den Weg dorthin - soweit wir eben kommen!

Für eine kulturelle und soziale Revolution!
Für eine gleichberechtigte und herrschaftsfreie Gesellschaft!



VEB laut & lästig Konzerte und mehr

...unsere Idee ist es nach wie vor Politik, gute Stimmung und Gegenkultur miteinander zu verbinden.

Antifaschistischen, anarchistischen und autonomen Gruppen bieten wir eine Plattform für Gegenöffentlichkeit und unterstützen sie durch Spenden.

Wir suchen weiterhin Bands !

VEB laut & lästig c/o Schwarzwurzel
Jakob-Binder-Str. 10 67063 Ludwigshafen

Redebeitrag vor dem Zentral-Institut für seelische Gesundheit

Dort drüben in diesem Betonbau, dessen Außen- und Innenarchitektur alleine schon krank machen, befindet sich das „Zentralinstitut für seelische Gesundheit".

Zentralinstitut für seelische Gesundheit - schon solch ein Name will uns nahelegen, daß Menschen, die unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen leiden, seelisch krank sind und in Institutionen wie dem ZI „gesund" gemacht werden müssen. Was haben diese Menschen denn für Krankheiten.? Laut Psychiatern, Wissenschaftlern und Pharmaindustrie unter anderem Verfolgungswahn, Schizophrenie, Psychosen, Neurosen, Persönlichkeits-, Sexual-, soziale Verhaltensstörungen, hirnorganische Psychosyndrome, hyperkinetische Syndrome usw., monströse, zum Teil unverständliche, äußerst dehnbare und willkürlich anwendbare Fachbezeichnungen, um Probleme von Menschen in Krankheitsbegriffe zu kleiden, von denen sich viele nur allzugerne distanzieren. Was ist denn Verfolgungswahn in einer Gesellschaft, in der Nazihorden mordend durch die Lande ziehen; in der ein gewisser Eduard Zimmermann und auch andere Möchtegernkommissare per Television auf Menschenjagd gehen und alle aufrufen, es ihnen nachzutun; in der mißhandelte und vergewaltigte Frauen und Kinder immer noch wie Mitschuldige behandelt werden; in einer Zeit, in der permanent Angriffe auf die sozialen Lebensbedingungen der Menschen stattfinden; in einer Zeit der sogenannten „Informationsgesellschaft", in der mit Hilfe von EDV, Kreditkarten, bald nicht mehr anonymen Telefonkarten, maschinenlesbarem Sozialversicherungs- und Personalausweis die Überwachungsformen schon längst neue Dimensionen angenommen haben - und das in einem Land mit einem riesigen Polizeiapparat, drei Geheimdiensten und faschistischer Vergangenheit. Sind diese „Geisteskrankheiten" - was immer das auch ist - wirklich Krankheiten in einer Gesellschaft, in der die Menschen in ihrem Alltag gezielt entfremdet werden, in der der Begriff „Leistungsverdichtung" als Synonym für Rationalisierung gleichbedeutend ist mit Mobbing, Existenzangst, Konkurrenzkampf und Entsolidarisierung; wo die Menschen ihre eigentlichen Bedürfnisse überhaupt nicht mehr kennen und stattdessen mit den „Reizen" dieser Plastikwelt überflutet werden, die uns angepriesen wird, ob wir sie uns leisten können oder nicht. Malochen, Dienst leisten, kaufen - oder auch nicht, vororganisierte Freizeit, Funktionieren, Verwertungsgesellschaft, das ist die Welt, die uns von den Herrschenden zugestanden wird. Und da sollen wir nicht verrückt werden? Und wer das alles eben nicht mehr erträgt, wird für abnormal, krank erklärt.

Landespsychiatrien oder das „Mannheimer Modell" genannte ZI, das auch in andere Länder exportiert werden soll (oder schon ist) springen hier in die Presche und bringen angeblich das Seelenheil oder zumindest ein klitzekleines Heilchen. Zwar werden von einigen Reformpsychiatern gesellschaftliche Aspekte teilweise als Gründe für seelische Probleme anerkannt, aber es geht ihnen letztendlich nicht um Kritik oder Veränderung der hiesigen Verhältnisse. Vielmehr geht es ihnen um Anpassung und Integration, ums Herrichten zum Verwerten.

Verwendeten die Herren Psychiater früher die „traditionellen" Methoden zu ihrer Art von „Therapie" wie Gehirnoperationen, Insulinschock, Anschnallen, den inzwischen wieder vehement geforderten Elektroschock, die Bewegungsunfähigkeit, Krämpfe, Verbrennungen (beim Elektroschock), schwere Hirnschäden, Koma und Tod zur Folge haben können, so gibt es heute andere „Zauberworte": Haldol, Akineton, Neurocil und andere Psychopharmaka. Seit 1943 erprobt, eroberten die Pharmaka in der Nachkriegszeit die Labore und die Behandlungszimmer der Psychiater und werden auch von den Reformpsychiatern als Allheilmittel zur Therapie angesehen, obwohl ihnen die möglichen schlimmen Auswirkungen bekannt sein müßten: Parkinson, Epilepsie, Bewegungsunfähigkeit, Schlafstörungen, bleibende Persönlichkeitsveränderungen, Hirnschäden, Muskelkrämpfe, Herzrhythmusstörungen bis zum Herzstillstand und Tod im Extremfall, um nur

einen kleinen Ausschnitt von Nebenwirkungen aufzuzeigen.
Wer in psychiatrische Behandlung kommt, wird erst mal mit besagten „Medikamenten" vollgepumpt und damit ruhig gestellt und gefügig gemacht, der eigene Wille wird gebrochen. Damit wird der Weg geebnet, um nun tief in die intimsten Bereiche der Patienten einzudringen und ihre Recht- und Machtlosigkeit zu dokumentieren. Anstatt hier die gesellschaftlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen, graben Psychiater mal wieder altes eugenisches Gedankengut aus und suchen für alle soziale Probleme genetische Faktoren und Ursachen. Außerdem formulieren viele Ärzte und Wissenschaftler heute schon wieder die Forderung, daß es für sie keine gesellschaftlichen, politischen und juristischen Grenzen geben dürfte, die wenigen existierenden sollen auch noch fallen, das menschliche Elend noch effektiver vermarktet werden.

Das ZI als Projekt der Reform- und Gemeindepsychiatrie spielt da eine ganz spezielle Rolle und zwar durch die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen wie Ordnungsbehörden (Polizei, Meldebehörden), Sozial- und Arbeitsamt, Altenpflegeheime, Erziehungsheime, Familienfürsorge, Reha-Arbeitsstätten, soziale Einrichtungen für Obdachlose und soziale Brennpunkte. Die Underdogs unserer Gesellschaft - die Obdachlosen, die Behinderten, Kinder, Alte, Bewohner von sozialen Brennpunkten und alle anderen, die im Wege sind - werden generell schon als psychisch Kranke und potentielles Klientel gesehen und sollen durch ein Netz von Institutionen kontrolliert und reglementiert werden. Die „Schöne Neue Welt" läßt grüßen.
Daß es viele Menschen gibt, denen es in diesem Land beschissen geht, die an den krankmachenden Lebensbedingungen zerbrechen, ist unbestritten, daß sie Hilfe und Solidarität benötigen, ebenfalls. Aber nicht mittels der Patentrezepte chemischen Knebels, der Entmündigung, der sozialen Klassifizierung und der Überwachung.

Ein ... Patentrezept zur Hilfe und zur Gegenwehr gegen menschenverachtende Behandlung können wir [auch] nicht anbieten. Selbsthilfestrukturen können vielleicht ein Ansatz sein, sich unabhängig von Psychopharmaka und den selbstherrlichen Halbgöttern in ihren weißen Kitteln zu machen.

U N S E R Zauberwort heißt:

Keine Macht den Psychiatern und deren Psychodrogen!

Für eine freie Gesellschaft ohne Psychiatrien!

Infoladen Mannheim
(geöffnet bei allen Veranstaltungen und jeden Donnerstag)
Jugendzentrum in Selbstverwaltung
Käthe-Kollwitz-str. 2-4
68161 Mannheim
Tel/Fax : 0621/305144
Postfach 121965
68070 Mannheim

leserInnenbriefe

Liebe Sabotage Leserin, lieber Sabotage Leser

Zu dem Artikel „Neues aus dem autonomen Elfenbeinturm" (*Sabotage* 5/97)

Ihr kritisiert in Eurem Artikel, daß Ihr für den Abdruck unseres Berichts „Zunehmende Faschoaktivitäten in Mannheim" (*Sabotage* 4/97) kritisiert worden seid und andererseits als „autonomes Elfenbeinturmredaktionskollektiv" diffamiert werdet. Auf die destruktive Kritik hin, unser Artikel sei „total beschissen" und habe „in der *Sabotage* nichts zu suchen", entschuldigt Ihr Euch regelrecht für dessen Veröffentlichung, indem Ihr vorgebt, ihn [unseren Artikel, Anm. d. faz] lediglich aus „solidarischen Gründen" abgedruckt zu haben und ihn [Anm. s. o.] natürlich auch nicht gut findet. Danke für Euer von Überheblichkeit geprägtes Mitleid. Ihr beklagt die äußere Form unseres Artikels und kritisiert seinen „Inhalt". O.K. Wir sind uns der „grammatikalischen", „interpunktionellen", „orthographischen" sowie „stilistischen Unvollkommenheiten" unseres Artikels bewußt. [Unser Artikel war unverzeihlicherweise voll von Zeichensetzungsversäumnissen, Räschdschraibefelan und sprachlich bestimmt nicht auf Elfenbeinturmniveau, Anm. d. faz] Aber was wollt Ihr eigentlich „inhaltlich" kritisieren? Außer Fakten, für die wir bestimmt nicht verantwortlich sind, sind uns keine weiteren „Inhalte" in unserem Artikel aufgefallen. Wir sahen auch keine Notwendigkeit, unseren Bericht mit weiteren „Inhalten" und Kommentaren zu versehen. Es schien uns nur wichtig, (übrigens im Sinne der *Sabotage*) über Geschehnisse zu berichten, die eben in der „bürgerlich-kapitalistischen Medienwelt konsequent ausgeklammert werden". Geschehnisse übrigens, die deutlich beunruhigender sind als die äußere Form eines Berichts über sie [die zunehmenden Faschoaktivitäten in Mannheim, Anm. d. faz].

Schade, daß Euch destruktive Kritik am Niveau der *Sabotage* dermaßen tief ins Herz trifft, während Ihr berechtigte Kritik an Eurer Abgehobenheit zurückweist, aus Angst, sonst in den Sog des „bürgerlich-kapitalistischen Mainstreams" zu geraten und Eure Standpunkte zu verwässern. Wir glauben, daß es möglich - und v. a. nötig ist -, linksradikale Standpunkte deutlich und differenziert zu formulieren und trotzdem auf dem Teppich zu bleiben.

In diesem Sinne

FÜR ANDERE ZUSTÄNDE!!

P.S.: Wir bitten darum, KONSTRUKTIVE Kritik und Anregungen in Zukunft direkt an uns zu richten!
Kontakt: F.A.Z., c/o Juz i. SV, Postfach 121965, 68070 Mannheim oder Fax: 0621-305144

Neues von der Hoppetosse

Heute, 23. Mai, die Stadt bzw. das Land will uns an den Arsch kriegen. Die Anweisung kommt schätzungsweise von oben. Sie nehmen scheinbar die Gangart aus Stuttgart und ein aktuelles Urteil gegen Wagenburgen zum Vorbild. Die Stuttgarter Wagenburg wurde von SEK-Schlägertrupps brutal geräumt. Die Räumung hatte eine halbjährige Beschlagnahmung der Wagen (LKW's) zur Folge. Sie hatten den selben Räumungstag wie wir, wobei er sich bei uns um drei Wochen verlängert hat. Deswegen schätzen wir, daß die Gangart hier in HD nicht so heftig ist, wie in Stuttgart. Heute kam die Verwaltung, zwei Tage nach der „freiwilligen" Räumung des Klausenpfads, mit der Androhung, uns die Wagen zu beschlagnahmen, falls wir weiterhin von Parkplatz zu Parkplatz ziehen! Wir hatten damit gerechnet, daß dies legal sei; war es auch - aber letztes Jahr wurde eine Satzung erlassen, die das verboten hat. Shit!

Was sollen wir tun? Wie geht es weiter? Das war seit Anfang Januar, als wir vorzeitiger als erwartet die Ablehnung des Widerspruchs gegen die Allgemeinverfügung erhielten, ein Thema, das uns auf dem Platz Unsicherheit, Hoffnung und großen Streit brachte. Die große Anzahl Leute und Plena , nach denen mensch ziemlich frustriert war, führten auch nicht zu einer besseren Situation, so daß von uns auch nichts mehr groß nach außen kam. Aber wiederum gab es auch relativ viel Besuch, lustige, nette und tolle Sachen. Wir waren dieses Jahr kaum länger als vier Tage am Stück vom Platz entfernt, da einfach der Druck durch die Stadt Heidelberg und unsere Nervosität zu groß waren. Mehr als die Hälfte der Leute, die Anfang des Jahres auf der Wagenburg gewohnt haben (24), sind seit Mai weg. Seit der „freiwilligen" Räumung am 21. Mai sind wir praktisch nur noch sieben Menschen mit Wagen und Zugmaschinen, sowie etwa zehn Menschen als UnterstützerInnen.

Theoretisch hätten wir laut Gerichtsurteil am 9. Februar räumen müssen. Um uns etwas Zeit zu lassen, haben wir ein blöden Brief verfaßt, daß wir bis Ende April gehen würden.

Durch den Druck des Urteils waren wir recht angespannt, haben auch nicht mehr so viel getan und wußten auch nicht recht, was wir tun sollten bzw. was Sinn hat und was nicht.

Tonnenweise Müll mußte entsorgt werden, der sich über Jahre hinweg angesammelt hatte. Reparaturen unserer Wagen bzw. Zugmaschinen und Besuche von Rhein-Main-Hessen Plena , die uns Zugmaschinen ausgeliehen haben und mit uns über unsere eigene Gelähmtheit diskutierten und stritten.

Die erste Aktion, bei der wir mit drei Wagen durch Heidelberg zogen, brachte uns einen sofortigen Tagesordnungspunkt auf der Gemeinderatssitzung ein. Auch auf der revolutionären 1. Mai-Demo in Mannheim waren wir mit zwei Wagen anwesend. Eine Woche später waren wir mit sechs Wagen auf dem Messplatz, auf dem sich eine typische Szene abgespielt hat: Der angrenzende Tennisverein drohte uns gleich mit einer Anzeige (hahaha ...), dann boten sie uns 100 DM, wenn wir gehen, und ansonsten wünschten sie uns viel Glück und sie würden uns ja helfen, aber sie könnten nicht anders.

Eigentlich haben wir alle keinen Bock auf den Kampf mit der Stadt Heidelberg und dem Land, weil unsere Lebensweise an sich schon gegen die Norm verstößt. Schon dadurch ergibt sich eine nicht alltägliche aber häufige Auseinandersetzung mit dem Umfeld des Wagenplatzes. Wir hören immer wieder von fremden Menschen und FreundInnen, daß sie es gut finden, was wir tun und es auch mal gerne versuchen würden, aber den Schritt wagen würden unserer Meinung nach zu wenige. Auch ist es nicht unbedingt einfach, neue Leute aufzunehmen, da auf dem Platz in letzter Zeit ein ständiges Kommen und Gehen herrscht. Aber auch unsere Ansprüche sind gesunken. Es ist einfach nicht mehr wichtig, daß wir viel zusammen unternehmen oder jedeR mit jeder/m auskommt - aber trotzdem sind wir eine große WG, in der jedeR ihr/sein „Haus" hat, aber keineR allein ihren/seinen Alltag fristet. Wir sind für vieles offen.

Wenn es mir mal zuviel wird, dann verkrieche ich mich in meine Höhle, um mit neuem Tatendrang wieder aufzutauchen. Es leben und lebten hier auf dem Platz ziemlich verschiedene Menschen mit vielen Träumen, Ideen und Taten. Die Wagenburg war auch mal aktiver und stärker, das ist halt jetzt nicht mehr so und manchmal, so scheint es mir, bewegen wir uns zwischen Himmel und Hölle. Trotz Wut und Verzweiflung macht es Sinn, weiterzukämpfen.

Ich habe mich hier irgendwie zurechtgefunden und betrachte das Wagenleben als mein Zuhause und meinen Garten der Phantasie. Vielleicht leben wir von unseren Träumen und unserer Phantasie, wie es sein könnte. Und zum Träumen brauche ich keine Wohnung für 500 DM. Scheinbar soll Träumen auch was kosten und wo kämen wir denn hin, wenn alles umsonst wäre?

Wir wollen keine Gefangenen von Rechnungen, Verträgen, Versicherungen und dergleichen werden.

Wie schön ist es auch, daß Paragraphen einem das Denken ersparen und mensch sich stumpf auf sie stützen kann, ohne auch nur einmal den Kopf zu heben, um die gesamte Angelegenheit aus menschlicher Sicht zu betrachten.

Wenn ihr uns unterstützen wollt, dann erscheint am besten am 19. Juni um 15.30 Uhr zur Gemeinderatssitzung, auf der es mal wieder um uns gehen wird und wie es scheint, will die Heidelberger CDU das Problem aussitzen.

T. von der Wagenburg

Demos & Veranstaltungen

Do, 20.05. - Fr, 20.06.: **Fotoausstellung** FLUCHT[WEGE] im AZ HD

Die Fotoausstellung von Jürgen Siegmann und Leon Maresch über die Situation von MigrantInnen in der BRD ist zu den Öffnungszeiten der Kneipe Tabula Rasa im AZ Heidelberg noch bis zum 20.06. zu sehen.

Veranstaltet von der Autonomen Antifa HD

So, 01.06.: **Demonstration gegen Abschiebeknäste** in Büren

„Wider den rassistischen Normalzustand!"

»Am 4. März diesen Jahres fand in Berlin ein Ereignis der besonderen Art statt: Roman Herzog, oberster Repräsentant der BRD, eröffnete das europäische Jahr gegen Rassismus. Kostproben davon, wie die Herrschenden dieses Landes dieses Jahr zu gestalten gedenken, erhielten wir reichlich in den letzten Wochen und Monaten:

Am 14. März billigte der Bundesrat die Einführung der Visumspflicht für Kinder und Jugendliche, deren Eltern oder Großeltern aus der Türkei, Ex-Jugoslawien, Marokko und Tunesien als ArbeitsimmigrantInnen in die BRD gekommen sind. Auch Kinder sollen frühzeitig den Unterschied zwischen „Deutsch-sein" und „Nicht-Deutsch-sein" lernen!

Für das Jahr 1997 ist die größte Massen-Abschiebeaktion seit Bestehen der BRD vorgesehen. Exerziert wird sie an den bosnischen Flüchtlingen, denen offensichtlich mit Gewalt von Seiten des Staates klargemacht werden soll, daß in „ihrer Heimat alles in Ordnung" sei. Schließlich sorgen dort „unsere Jungs von der Bundeswehr" im Rahmen der NATO-„Friedens"truppe für die Aufrechterhaltung dieser Ordnung.

Daß ein paar dieser für eben diese „Friedens"-truppe vorgesehenen „Jungs" übereifrig ihren Auftrag erweitert und in Detmold eigenmächtig den gewaltsamen Angriff auf ausländische Menschen geprobt haben, hat vermeintliche Empörung ausgelöst. Wieder einmal war das „internationale Ansehen der BRD" gefährdet, und außerdem ist hierzulande die Vertreibung von MigrantInnen - noch - ein Monopol des Staates. Sie ist gesetzlich geregelt, ausgeführt von Ausländerbehörden, Bundesgrenzschutz und Polizei.

Aus den Reihen der CDU kommt der Vorschlag, die Arbeitsmöglichkeiten für Nicht-EU-MigrantInnen noch stärker einzuschränken als bisher und die Einwanderung jüdischer Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion deutlich zu begrenzen. Nach der endgültigen offiziellen Entsorgung des nationalsozialistischen Erbes in den letzten Jahren ist die Zeit der Scham endgültig vorbei.

Ausgrenzung und Vertreibung von Flüchtlingen und anderen MigrantInnen lautet die Devise. Schritt für Schritt werden seit Jahren die gesetzlichen Grundlagen und die Einrichtungen geschaffen, daß dieses möglichst reibungslos und effizient durchgeführt werden kann.

Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Mai 1993 durch den deutschen Bundestag, Sondergesetze zur Sozialhilfe, massive Einschränkungen bezüglich Arbeitsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung, ständige Unsicherheit und drohende Abschiebung, die Unterbringung in Sammellagern und Inhaftierung in Abschiebeknästen sind bittere Realität für MigrantInnen und Flüchtlinge. Für Frauen ist diese Wirklichkeit zusätzlich geprägt von der Nichtanerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe und sexistischer Verfolgung, von rassistisch-sexistischer

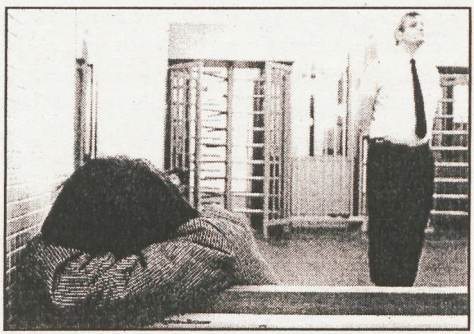


Foto: Jürgen Siegmann (FLUCHT[WEGE])

Ausbeutung und der Abhängigkeit des Aufenthaltsstatus vom Ehemann. Rassistische Morde, Anschläge und Übergriffe, Beleidigungen und Demütigungen durch deutsche BürgerInnen einschließlich nur-ihre-Pflicht-tuender und nicht selten offen rassistischer BürokratInnen in den Behörden kennzeichnen den rassistischen Normalzustand in diesem Land. Dazu gehört auch, daß die Opfer rassistischer Gewalt zu TäterInnen gemacht, eingesperrt und/oder abgeschoben werden, wie es im Fall des Brandschlags von Lübeck geschehen oder vorgesehen ist.

Wesentlicher Bestandteil der rassistischen Flüchtlingsvertreibungspolitik sind die Abschiebeknäste, Endstationen für viele Flüchtlinge vor ihrer Abschiebung. Die umgebaute Kaserne im Wald von Büren, 10 km von der Stadt entfernt, umgeben von einer fünf Meter hohen Betonmauer und Stacheldraht, ist Symbol für die Ausgrenzung und Einsperrung von Flüchtlingen. Mit 600 Haftplätzen ist er einer der größten Männerabschiebeknäste der BRD, der es der nordrhein-westfälischen Ausländerverwaltung ermöglicht hat, die Abschiebezahl deutlich zu erhöhen. Dies hat sich auch unter der rot-grünen Regierungsverantwortung in NRW nicht geändert. Es ist abzusehen, daß Büren in der kommenden Zeit eine zentrale Bedeutung bei der Durchsetzung der Massenabschiebung und -vertreibung nach Bosnien und Ex-Jugoslawien zukommen wird. Das gleiche gilt für den einzigen Frauenabschiebeknast der BRD in Neuss.

Während MigrantInnen und Flüchtlinge sich gegen den rassistischen Normalzustand zur Wehr setzen, angefangen damit, daß sie trotz massiven Vertreibungsdrucks - zur Not auch illegal - hier leben, über politische Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung, bis hin zu Aufständen in den Abschiebeknästen, gibt es seitens der deutschen Bevölkerung kaum antirassistischen Widerstand.

Mit der Demonstration am Abschiebeknast in Büren wollen wir die Flüchtlinge in ihrem Widerstand unterstützen und ein Zeichen setzen gegen eine rassistische (Flüchtlings-) Politik, deren Kern die systematische und effiziente Ausgrenzung und das Einsperren von Menschen ist.«

(aus dem Demoaufruf)

Beginn: 12.00 Uhr in Büren am Containerbahnhof (und NICHT wie vorher angekündigt am Knast!)

Di, 03.06.: Vokü und Kneipe von **Trystero** im AZ HD mit **Film**: „NACKT"

Ein Arbeitsloser aus Manchester quartiert sich für zwei Tage in der WG seiner Ex-Freundin in London ein. In der Stadt begegnet er anderen „verlorenen Seelen", deren Lebensentwürfe er mit Spott und Zynismus in Frage stellt und deren vereinzelte Angebote von Zärtlichkeit und Offenheit er nicht anzunehmen weiß. Episodisch angelegtes, apokalyptisch anmutendes Porträt der englischen Gesellschaft, in der Isolation und Hoffnungslosigkeit den Ton angeben. Zugleich die brillant gespielte Studie einer hinter Sarkasmus und Aggressivität gefangenen Persönlichkeit. Formal hervorragend und in seinem vorurteilsfreien Blick auf gesellschaftliche Randexistenzen überzeugend.

„Naked", England 1992/93, 132 min.

Beginn: 21.00 Uhr

Fr, 06.06.: Kneipe der **Antifa Jugend Aktion** im AZ HD mit **Film**: „IM NAMEN DES VATERS"

Vier jungen Iren und ihre angeblichen Helfern werden 1975 Bombenanschläge auf Londoner Pubs vorgeworfen. Sie werden durch Folter „geständig" gemacht und teils zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Im Gefängnis nehmen Vater und Sohn, unterstützt von einer engagierten Rechtsanwältin, den Kampf gegen das Fehlurteil auf. Der in die Skandalchronik der britischen Justiz als der „Guilford Four"-Fall eingegangene Prozeß dient als Hintergrund für einen für Gerechtigkeit und Verständnis plädierenden Film, der durch große emotionale Kraft berührt. In Inszenierung, Kamera, Schnitt und schauspielerischen Leistungen gleichermaßen beeindruckend.

„In The Name Of The Father", Irland/England/USA 1993, 127 min.

Beginn: 21.00 Uhr (Schmankerl: es gibt Guinness Bier)

Fr, 06.06.: **FAZ-Konzert** im JuZ MA mit **ANARCHIST ACADEMY, NEGATIV NEIN** und **DER KONZERN MIT CAIMAN CAITH**

Nun ja, seit langem gibt es mal wieder einen Abend im JuZ, der sich ganz dem Hip-Hop widmet. An diesem Abend spielen **DER KONZERN MIT CAIMAN CAITH** (ex La Giotine, die auch schon im AZ zu bewundern waren) auf. Desweitern **NEGATIV NEIN** aus Bremerhaven, deren Musik eine Verschmelzung von Hip-Hop und Crossover ist, die mit ihrem deutschen Sprechgesang politische und gesellschaftliche Mißstände anprangern. Ja,und zu guterletzt die wohl allseits bekannten Lüdenscheider Hip-Hopper **ANARCHIST ACADEMY**, die es durch ihre Texte, in denen sie Mißstände direkt angreifen, geschafft haben, weit über die Hip-Hop-Szene hinaus bekannt zu werden.
Beginn: 20 Uhr, JuZ Mannheim

Sa, 07.06.: Das **„6 Jahre AZ"-Fest** im AZ mit **Konzert** und **Techno-Party**

Im Rahmen des „6 Jahre AZ"-Festes bieten wir euch die HolländerInnen **BAMBIX**. Zwei Frauen und ein Schlagzeuger machen überzeugenden uptempo melody-core. Sie kommen aus Eindhoven und werden den Abend zum gelungenen Ereignis machen.

Die Vorband **GOLDSTAR** sind Hannoveraner, spielen ebenfalls Punk in Richtung viel melody. Die Texte: deutsch/englisch. Unterhaltungswert: 100%. „Laßt die alten Frauen tanzen". Und schließlich geben uns **BABYFASSUNG** aus Heidelberg NDW trashiger Art.
Danach steigt dann eine unserer über alle Grenzen hinaus bekannten Techno-Partys im Keller: diesmal mit **ANALOGCLUB, FLUSH, POTSUREALIS, PSYLA**.
Beginn: 20.00 Uhr

Sa, 07.06.: **Demonstration**
„2. Freiburger Love & Hate Parade"
für den Erhalt der KTS-Vauban - Techno, Punk, Hiphop, Freiselters
Am 10. Juni möchte der Gemeinderat über die Räumung oder Zukunft der KTS debattieren und abstimmen.
Beginn: 14.00 Uhr, Parkplatz des Crash in der Schnewlinstraße

So, 08.06.: **Demonstration** „Gemeinsam gegen Burschenschaften! Faschismus trägt viele Farben!" in Bonn
Beginn: 12.00 Uhr, Münsterplatz Bonn
Organisiert von der Antifa Bonn-Rhein-Sieg

Fr, 13.06.: **IPW auf Tour**: Fete der **Fachschaft Politik**

Die Fachschaft Politik lädt ein zur Feier im Kreise ihrer Lieben. Da mit alten Traditionen nicht gebrochen werden soll, spielt auch in diesem Semester wieder die **'Manische Weststadt'** zum Tanze auf.
Beginn: 20 Uhr

Sa, 14.06. - So, 22.06.: **Verstärkt weiter im Kampf gegen Hetendorf 13! Weg mit den Nazizentren!**

Dezentrale Kampagne gegen die 7. „Hetendorfer Tagungswoche"
In dieser Woche wollen sich im Hetendorfer Nazizentrum wieder einmal alte und junge Faschisten zur 7. „Hetendorfer Tagungswoche" zusammenfinden.
»Dieses Treffen von Auschwitzleugnern, Rassisten, Antisemiten und selbsternannten „Germanenkundlern" müssen wir verhindern! Sie werden sich sonst auf ihrem Treffen selbst bestärken, und die Folgen davon kennen wir: Angriffe auf MigrantInnen, Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte oder - wie über Ostern geschehen - auf Jugendzentren. Nicht, daß die Alten selbst losziehen, nein, sie geben den jungen Faschisten "nur" die nötige Ideologie mit auf den Weg.

Laßt uns gemeinsam gegen Faschisten aufstehen! Laßt uns die Organisationen und deren Mitglieder überall thematisieren!

Dieses einerseits, um die „Hetendorfer Tagungswoche" zu verhindern, aber auch, weil es wichtig und richtig ist, Faschisten überall da anzugreifen, wo sie wohnen, leben und arbeiten!

Folgende faschistische Organisationen laden zur „Hetendorfer Tagungswoche" ein: „Artgemeinschaft e. V." (Sitz Berlin), „Familienwerk e. V.", „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenetik und Verhaltensforschung e. V." (Sitz Schweden), „Heinrich-Anacker-Kreis e. V." (Sitz Hamburg). Diese Organisationen orientieren sich an einer fiktiven, nordischen Rasse und leiten hieraus eine sowohl biologistische als auch „religiöse" Rassenideologie ab.

Umrahmt von einem faschistisch kulturellen Programm (z. B. Ehrung kinderreicher Mütter) zur Pflege eines Germanen- und Heidenkultes, sorgen diverse Referenten mit Vorträgen wie „Der Hintergrund des Holocaustes von Dresen" für die entsprechende Ideologiebildung. Der Höhepunkt ist die in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni aus „religiösen" Gründen gefeierte Sommersonnenwende. Maßgebliche Vertreter faschistischer Parteien und Organisationen breiten dort ihr menschenverachtendes Weltbild vor einem interessierten Publikum Gleichgesinnter aus. Somit stellen seit 1991 die „Hetendorfer Tagungswochen" bundesweit einen der bedeutendsten Knotenpunkte im faschistischen Netzwerk dar.

Um diesem Treiben schom im letzten Jahr ein Ende zu bereiten, fanden mehrere Aktionen des Bündnis gegen Rechts und des Hermansburger Arbeitskreises gegen Hetendorf 13 statt. Am Anreisewochenende wurde eine Blockade vor dem Zentrum durchgeführt, die vor allem am ersten Tag die Teilnehmer der Tagungswoche daran hinderte, das Gelände zu erreichen. An den folgenden Tagen führten BürgerInnen aus der Region mehrere Protestaktionen (Mahnwache, ökumenischer Gottesdienst, Spaziergang zum Zentrum, Pfeifkonzert) durch. Zur Sonnenwendfeier versuchten 300 AntifaschistInnen in der unmittelbaren Nähe des Feuers, am Zaun des Grundstückes, den Höhepunkt der Tagungswoche durch großes Lärmen zu stören. Sie wurden hieran aber von einem starken Polizeiaufgebot brutal gehindert. Die Folge kennt ihr wahrscheinlich:

201 Ermittlungsverfahren gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen wegen sogenannten Landfriedensbruches.

Auffällig bei der Tagungswoche 1996 war, daß nicht nur Mitglieder der einladenden Gruppen wie Frank Rennicke (Ehningen), Walter Drees (Vlotho) und Jürgen Rieger (Hamburg, maßgeblicher Organisator) anwesend waren, sondern auch eine aus ca. 40 Personen bestehende „Schutztruppe" von namhaften Faschisten unterschiedlicher Gruppierungen (u. a. Steffen Hupka (Quedlinburg), Thomas Wulff (Hamburg), Thorsten De Vries (Hamburg), André Zimmermann (Winterberg)). Von diesen Gruppen gingen mehrere Angriffe auf AnwohnerInnen und AntifaschistInnen aus. Die wegen der Angriffe angeklagten Faschisten wurden später vor dem Amtsgericht Celle freigesprochen bzw. wurden die Verfahren eingestellt. Einer von ihnen war Holger Emmerich (Region Peine).

Die 6. „Hetendorfer Tagungswoche" hat gezeigt, daß es sich bei diesem Treffen - im Gegensatz zu den Verlautbarungen des niedersächsischen Verfassungsschutzes - nicht um ein gemütliches Beisammensein seniler Altfaschisten handelt, das sich durch das Hinwegsterben seiner Teilnehmer von selbst erledigt. Die „Hetendorfer Tagungswochen" sind ein Sammelpunkt für Alt- und Neofaschisten, sie dienen dem Informationsaustausch und der Rassenpropaganda, sie wirken ideologieschulend und - über den Weg der Religionen - identitätsstiftend.«

14.06.:**Demonstration**, Beginn 13.00 Bonstorf/Ortsmitte

20.06.: **Störaktion** zur Sonnenwendfeier, Beginn 20.30 Uhr, Parkdeck 77er Straße (am Hallenbad Celle)

Bündnis gegen Rechts
c/o Initiative gegen Hetendorf 13
c/o Infoladen Korn
Kornstr. 28/30
30167 Hannover

Do, 26.06.: **Infoveranstaltung**
„From poverty to power tea" im Karlstorbahnhof

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Heidelberg und Gudalur (Südindien)

Die traditionellen Werte der Adivasis (Indiens UreinwohnerInnen) sind in Gefahr, drohen von der Mainstreamgesellschaft geschluckt zu werden: Gemeinschaftsbesitz, Konsens als Entscheidungsfindungsprinzip, die gleichberechtigte Stellung der Frau. ACCORD, eine Selbsthilfeorganisation, die sich für die Rechte der Adivasis einsetzt, hat innerhalb der letzten Jahre ein nachhaltiges Wirtschaftskonzept entwickelt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken: Durch den Kauf einer Teeplantage, die im Gemeinschaftsbesitz der Adivasis sein wird, werden die eigenen Institutionen auf Dauer finanziert (Krankenhaus, Schulen, Hausbauprogramm, Öffentlichkeitsarbeit etc.). Dieser lokale Versuch einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung ist gleichzeitig auf eine kulturell nachhaltige Entwicklung: Gemeinschaftseigentum bleibt bestehen, die eigene Identität kann in neuen gesellschaftlichen Zusammenhängen gewahrt bleiben.

Der Heidelberger Tauschring hat einen lokalen nachhaltigen Ansatz bei uns entwickelt. Nachbarschaftshilfe, gegenseitige Unterstützung mit Dienstleistungen drohen in unserer Gesellschaft nur noch auf bezahlter Basis zu existieren. Der Tauschring dagegen hat einen Ansatz entwickelt, Dienstleistungen wie z. B. Rasen mähen, Kinder hüten etc. auf der Basis gegenseitiger Hilfe zu vermitteln, und so den Kreislauf der geldorientierten Konsumarbeit zu durchbrechen.

Zwei lokale Ansätze, die eines verbindet: der Versuch, eine Alternative zu einer Gesellschaft zu schaffen, in der nur Geld, Kapital und Individualismus das Sagen haben. Dies verbindet beide lokalen Gruppen auf einer globalen Ebene. Über die Ansätze der Gruppen, über die Frage der Nachhaltigkeit und wie sich lokale Gruppen mit anderen lokalen Gruppen international vernetzen können, soll an diesem Abend informiert und diskutiert werden.

Als ReferentInnen kommen Bhaskaran Ramdas, ACCORD, Indien, Verena Koch, Tauschring Heidelberg, Harald Schäffler, Nachhaltiges Heidelberg (Moderation: Christiane Fischer, autonome ESG Heidelberg)

Beginn: 18.00 Uhr, Emil-Julius-Gumbel-Raum, EWZ, Karlstorbahnhof

Veranstaltet vom Indienprojekt in Zusammenarbeit mit der autonomen ESG Heidelberg und dem Eine Welt Zentrum HD

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

JUZ MA

Selbstverwaltet Antifaschistisch

Fr, 06.06.: FAZ-Konzert mit Anarchist Academy, Negativ Nein und Der Conzern

Fr, 13.06.: Spiritual Night, Gothic-Dark-Wave-Disco 22 Uhr

Sa, 14.06.: Rock-Festival mit No, jugendfrei und Fire-A-Band 19 Uhr

Fr, 20.06.: VEB-Konzi: Tempo Zero

Sa, 21.06.: MOON-DISCO, Indie-Grunge-Trip Hop-Crossover 21.21 bis 3.33 Uhr

Do, 26.06.: Billigbiertag ab 19 Uhr

Fr, 27.06.: Newcomer-Konzert: NoNiwo (Teenie-Punk), No Sawy (Mainstream) ab 20 Uhr

Sa, 28.06.: Krempelmarktfrühstück ab 8 Uhr
Stummfilm-Dreiernacht: Panzerkreuzer Potemkin, Nosferatu, Metropolis ab 20 Uhr

Regelmäßige Termine :

Jeden Dienstag : Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag : Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeder 2. Montag : Didgeridoo lernen + spielen ab 19°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim